

# JAHRES FINANZBERICHT

2014

Alle Bezeichnungen im Konzernbericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

# KENNZAHLEN DER ÖVAG

Werte in EUR Mio.	2014	2013	2012
<b>Bilanz <sup>1)</sup></b>			
Bilanzsumme	15.125	20.904	27.640
Forderungen an Kunden	4.134	7.081	10.040
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.825	2.148	2.542
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.296	7.085	9.935
Nachrangkapital	493	555	621
<b>Eigenmittel nach Basel III für die VB Holding eGen Kreditinstitutgruppe <sup>2)</sup></b>			
Hartes Kernkapital (CET1)	543		
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0		
Kernkapital	543		
Ergänzungskapital (T2)	699		
Eigenmittel	1.243		
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	6.557		
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	680		
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	660		
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	852		
Gesamtrisikobetrag	8.749		
<b>Harte Kernkapitalquote <sup>3)</sup></b>	<b>6,2 %</b>		
<b>Kernkapitalquote <sup>3)</sup></b>	<b>6,2 %</b>		
<b>Eigenmittelquote <sup>3)</sup></b>	<b>14,2 %</b>		
<b>Ergebnisse <sup>4)</sup></b>			
Zinsüberschuss	203,0	188,6	222,1
Risikovorsorge	-37,6	-23,5	-366,9
Provisionsüberschuss	20,3	30,2	58,2
Handelsergebnis	26,7	8,4	32,2
Verwaltungsaufwand	-247,1	-249,8	-261,5
Restrukturierungsaufwand	-35,5	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-82,4	156,7	755,2
Ergebnis Finanzinvestitionen	-45,9	-48,9	26,9
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	8,0	0,5	-0,3
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereichs	-275,2	-111,3	47,1
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-465,7</b>	<b>-49,0</b>	<b>513,0</b>
Ertragsteuern	-13,3	-24,4	-66,2
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-479,0</b>	<b>-73,4</b>	<b>446,8</b>
Fremdanteile	-20,6	-26,6	-28,1
<b>Konzernergebnis</b>	<b>-499,6</b>	<b>-100,0</b>	<b>418,7</b>
<b>Ratios <sup>4)</sup></b>			
<b>Operative Cost-Income-Ratio</b>	<b>98,9 %</b>	<b>109,9 %</b>	<b>83,7 %</b>
<b>ROE vor Steuern</b>	<b>-20,5 %</b>	<b>5,2 %</b>	<b>65,6 %</b>
<b>ROE nach Steuern</b>	<b>-21,9 %</b>	<b>3,2 %</b>	<b>56,5 %</b>
<b>ROE Konzern</b>	<b>-28,4 %</b>	<b>1,1 %</b>	<b>75,5 %</b>
<b>ROE vor Steuern (regulatorisch)</b>	<b>-72,6 %</b>	<b>6,8 %</b>	<b>38,6 %</b>
<b>Ressourcen <sup>4)</sup></b>			
Ø-Anzahl Mitarbeiter	1.675	1.877	1.960
hievon Inland	1.073	1.122	1.178
hievon Ausland	602	755	782
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.317	1.853	1.912
hievon Inland	1.035	1.101	1.137
hievon Ausland	282	752	775
Anzahl Vertriebsstellen	1	2	2
hievon Inland	1	1	1
hievon Ausland	0	1	1

<sup>1)</sup> Die Vergleichszahlen 2012 wurden aufgrund von IAS 8 angepasst.

<sup>2)</sup> Mit 1. Jänner 2014 werden die Eigenmittel nach Basel III für die Kreditinstitutgruppe der VB Holding eGen dargestellt. Bis dahin erfolgte die Ermittlung nach Basel II und wurde für die Kreditinstitutgruppe der ÖVAG dargestellt. Da dadurch kein sinnvoller Vergleich möglich ist, wird von der Angabe von Vergleichszahlen abgesehen.

<sup>3)</sup> bezogen auf das Gesamtrisiko

<sup>4)</sup> Die Vergleichszahlen 2013 und 2012 wurden aufgrund von IFRS 5 angepasst.

Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle Kennzahlen wurden ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche bzw. der Veräußerungsgruppe dargestellt.

# INHALT

## Österreichische Volksbanken- Aktiengesellschaft

- 4** Vorwort des Generaldirektors
- 6** Bericht des Aufsichtsrates
- 10** Corporate Governance Bericht
  - 10** Corporate Governance Kodex
  - 12** Der Vorstand
  - 14** Der Aufsichtsrat
  - 20** Vergütungsbericht

## Lagebericht

- 26** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
  - 26** Geschäftsverlauf
  - 31** Bericht über die Zweigniederlassungen
  - 32** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
  - 34** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 35** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
  - 35** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
  - 36** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 38** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 39** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

## Strategische Segmente

- 44** Segment Finanzierung
- 48** Segment Financial Markets / Bankbuch
- 51** Non-core Business
  - 51** Segment Non-core Business
  - 52** Segment Non-core Retail
  - 53** Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

## Konzernabschluss

## Einzelabschluss

## Personen und Adressen

- 56 Gesamtergebnisrechnung
- 57 Bilanz zum 31. Dezember 2014
- 58 Entwicklung des Eigenkapitals
- 59 Geldflussrechnung
- 60 Inhaltsverzeichnis Notes
- 62 Anhang (Notes)  
zum Konzernabschluss
- 173 Bilanzeid
- 174 Bestätigungsvermerk

- 178 Bilanz zum 31. Dezember 2014
- 180 Gewinn- und Verlustrechnung
- 182 Anhang
- 213 Lagebericht
- 232 Bilanzeid
- 233 Bestätigungsvermerk

- 236 ÖVAG Konzern
- 237 Ansprechpartner
- 238 Terminologie
- 239 Impressum

## VORWORT DES GENERALDIREKTORS



Mag. Dr. Stephan Koren  
Generaldirektor und  
Vorsitzender des Vorstandes

2014 war ein einschneidendes Jahr in der Entwicklung der Österreichischen Volksbanken-AG: Es wurden die Weichen gestellt, um die ÖVAG zu spalten und in eine Abbaugesellschaft umzuwandeln.

Diese Entscheidungen wurden notwendig, da die Voraussetzungen für den Fortbestand des Unternehmens als Bank in der bisherigen Form nicht länger gegeben waren und die Zukunft des gesamten Volksbanken-Verbunds aus Sicht des Vorstands der Österreichischen Volksbanken-AG ohne einen gravierenden Kurswechsel gefährdet war. Der Vorstand der ÖVAG hat bereits im Geschäftsbericht des Jahres 2013 dargelegt, dass mittelfristig die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nur erfüllt werden können, wenn der ÖVAG bzw. dem Verbund zusätzliches Eigenkapital zugeführt wird und/oder die ÖVAG bzw. der Verbund kurzfristig emissionsfähig gemacht werden kann und/oder es zu einer Reduktion der Eigenmittelanforderungen kommt. Alle drei Voraussetzungen für die Beibehaltung eines going concern-Ansatzes haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht realisiert.

Um dennoch die Basis für eine nachhaltige Zukunft des Volksbanken-Verbunds zu schaffen, wurden im Herbst 2014 grundlegende Weichenstellungen vorgenommen und ein umfassendes Konzept zur Neuordnung des Verbundes vorgelegt, das aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil betrifft die Abspaltung der Zentralorganisations- und Spitzeninstitutfunktionen der ÖVAG auf die Volksbank Wien-Baden und die anschließende finale Abwicklung der Rest-ÖVAG als Abbaugesellschaft. Teil zwei besteht in der Neuformung des Volksbanken-Verbunds durch Fusionen der bis dahin über 40 Volksbanken auf letztlich acht große Regionalbanken, die mittelfristig zu einem kapitalmarktfähigen Verbund führen.

Alle geplanten Maßnahmen, sowohl die Spaltung der ÖVAG und die Fusion des Abspaltungsteils mit der Volksbank Wien-Baden als auch die Neuordnung des Volksbanken-Verbunds werden derzeit geprüft und stehen unter dem Vorbehalt der ausstehenden Genehmigung der Bankenaufsicht, der Europäischen Kommission und weiterer Behörden und Institutionen sowie gremialer Beschlüsse.

Wie richtig und notwendig der geplante Umbau des Verbundes ist, hat das Ergebnis des Stresstests der Europäischen Bankenaufsicht gezeigt, das für den Volksbanken-Verbund unter den wirtschaftlichen Stressannahmen bis zum Jahr 2016 eine aggregierte Kapitallücke in Höhe von EUR 865 Mio. errechnete. Damit hat die EZB die Prognose des ÖVAG-Vorstands bestätigt, dass der Volksbanken-Verbund mittelfristig Eigenkapitalbedarf hat.

Die materiellen Grundlagen, die eine freiwillige Abwicklung der ÖVAG ermöglichen, wurden durch den äußerst erfolgreichen Abbau von Altlasten in den vergangenen beiden Jahren geschaffen. Dadurch konnte die Basis erarbeitet werden, um die ÖVAG ohne neue Belastung für die Steuerzahler und ohne Zuschuss durch die Eigentümer geordnet abwickeln zu können.

Die Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einstimmig den Grundsatzbeschluss gefasst, die ÖVAG in eine reine Abbaugesellschaft umzuwandeln. Als Vorbereitungsmaßnahme darauf fielen im Geschäftsjahr 2014 Bewertungsverluste an, die maßgeblich zum Jahresergebnis im Einzelinstitut in Höhe von EUR –888 Mio. geführt haben.

Im vierten Quartal 2014 wurden umfangreiche und intensive Vorarbeiten für die Spaltung der ÖVAG und die Umwandlung in eine Abbaugesellschaft begonnen, die im ersten Halbjahr 2015 fortgeführt werden. Die rechtliche Spaltung der ÖVAG, die Fusion des abgespaltenen Teils mit der Volksbank Wien-Baden, die Zurücklegung der Banklizenz durch die ÖVAG und das Ausscheiden der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund sind für Mitte des Jahres 2015 vorgesehen.

Um den neuen Volksbanken-Verbund in Zukunft mit deutlich geringeren Betriebskosten führen zu können, müssen im Zuge der Abspaltung der Steuerungs- und Servicefunktionen in die Volksbank Wien-Baden die Spitzeninstitutsaufgaben redimensioniert werden. Gleichzeitig wird der Personalbedarf der Rest-ÖVAG an die künftigen Aufgabenstellungen einer Abbaugesellschaft angepasst. Daraus resultierte die Anforderung, den Mitarbeiterstand der ÖVAG drastisch zu reduzieren. Das Dienstverhältnis mit 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird daher im ersten Halbjahr 2015 im Rahmen des bestehenden Sozialplans aufgelöst.

Ich bedanke mich im Namen des gesamten Vorstands bei den vielen Kolleginnen und Kollegen, die die Veränderungen der letzten Jahre aktiv mitgestaltet und mit hohem Engagement für den Volksbanken-Verbund gearbeitet haben. Und ich hoffe, dass jene, die von Personalmaßnahmen betroffen sind, möglichst bald wieder in einem neuen Umfeld Fuß fassen können.

Die laufende Restrukturierung eröffnet die Chance, den Volksbanken-Verbund neu so aufzustellen, dass die Herausforderungen der Zukunft gut bewältigt werden können.

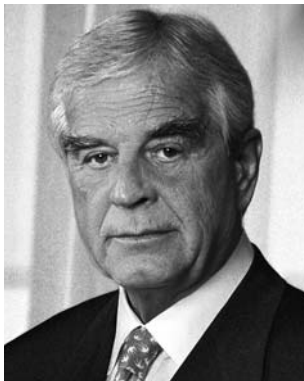
Wien, im April 2015



Mag. Dr. Stephan Koren  
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

## BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2014



Dr. Klaus Liebscher  
Vorsitzender  
des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (die „GESELLSCHAFT“ oder „ÖVAG“) hat sich im Geschäftsjahr 2014 in fünf ordentlichen und sechs außerordentlichen Sitzungen sowie in weiteren Besprechungen und Ausschüssen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik informiert.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes der GESELLSCHAFT wurden zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Bewilligungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Vergütungs- und Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Arbeitsausschuss.

2. Der Bewilligungsausschuss hielt im Jahr 2014 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen und Beteiligungen behandelt wurden.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2014 drei Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionsystem und das Risikomanagementsystem behandelt.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2014 in vier Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der GESELLSCHAFT und ihren wesentlichen Konzernunternehmen auseinander.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss befasste sich im Jahr 2014 in zwei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verband, der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange, der jährlichen Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, der Bewertung und Nachfolgeplanung für den Vorstand und Aufsichtsrat, dem Prozess zur Auswahl des höheren Managements und der Zielrelation für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss hielt im Jahr 2014 eine Sitzung ab, in der er sich mit der Annahme eines Vorstandsmandates sowie eines Aufsichtsratsmandates durch ein Vorstandsmitglied in konzernfremden Unternehmen befasste und dem Aufsichtsrat die diesbezügliche Genehmigung empfahl.

Der Arbeitsausschuss ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2014 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

3. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2014 intensiv mit der Lage der GESELLSCHAFT auseinandergesetzt und über mögliche Maßnahmen zur Restrukturierung des Volksbanken-Verbandes und der GESELLSCHAFT beraten. Insbesondere hat der Aufsichtsrat sich im Geschäftsjahr 2014 in jeder Sitzung sowie im Rahmen seiner Ausschüsse mit den Berichten des Vorstandes über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst, sich dazu beraten und Informationen zu den Fortschritten im Abbau des Non Core-Portfolios – hier insbesondere zum Verkaufsprozess betreffend die Volksbank Romania – und zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verband gemäß § 30a



BWG erhalten. Ebenso wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand auch im Geschäftsjahr 2014 über die regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene und deren Umsetzung in der ÖVAG und im Kreditinstitute-Verbund informiert.

Im Hinblick auf die steigenden Eigenmittelanforderungen und das von der Europäischen Zentralbank EU-weit durchgeführte Comprehensive Assessment, das für den österreichischen Volksbanken-Verbund eine zu schließende Kapitallücke aufgezeigt hat, wurden vom Vorstand Alternativszenarien für die Zukunft des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG geprüft. Als einzig gangbare Lösung wurde hierbei eine Neuordnung der Strukturen der ÖVAG in der Weise identifiziert, dass die dem Abbauteil zugeordneten Aktiva – unter Zurücklegung der Bankkonzession – zur Gänze abgewickelt werden und die Zentralorganisations- und Zentralinstitutsfunktionen der ÖVAG auf die Volksbank Wien-Baden als neue Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes der österreichischen Volksbanken übertragen werden. Der Aufsichtsrat hat diesen Plan zur Restrukturierung des Volksbanken-Verbundes sowie zur Neuordnung der Strukturen der ÖVAG eingehend erörtert, sich dazu beraten und diesen anschließend unterstützend und befürwortend zur Kenntnis genommen und den erstellten Kapitalplan genehmigt. Die Aktionäre haben dazu in einem in der außerordentlichen Hauptversammlung am 23.12.2014 gefassten Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken vorbehaltlich der Genehmigungen der regulatorischen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Kommission ihre Zustimmung erteilt und den Vorstand mit der Setzung von entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen beauftragt. Diese Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes soll bis Mitte 2015 umgesetzt sein. Über die Fortschritte und den jeweils aktuellen Stand in diesem Projekt wird dem Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig Bericht erstattet.

4. Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss der ÖVAG zum 31. Dezember 2014 (der „JAHRESABSCHLUSS“) samt Lagebericht und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 (der „KONZERNABSCHLUSS“) samt Konzernlagebericht wurden jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (die „KPMG“) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die KPMG hat hierbei, ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang zur Unternehmensführung, insbesondere zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen aus dem Kapitalplan, zu den Risiken aus dem beschleunigten Abbau von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zu bestehenden Länderrisiken verwiesen.

5. Mit der Prüfung des Corporate Governance-Berichts wurde die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH beauftragt. Diese Prüfung hat in ihrem abschließenden Ergebnis zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben. Es wurde weiters bestätigt, dass der Corporate Governance-Bericht entsprechend dem Anhang 2 zum Österreichischen Corporate Governance Kodes (Fassung Juli 2012) dargestellten Gliederungsvorschlag erstellt wurde und somit nicht nur den formalen, sondern auch den erweiterten inhaltlichen Anforderungen des Österreichischen Corporate Governance Kodex entspricht.

6. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht und den Corporate Governance-Bericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der JAHRESABSCHLUSS und der KONZERNABSCHLUSS durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden. Der Aufsichtsrat billigt daher den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist, sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht

und den Corporate Governance-Bericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG eingehend besprochen wurden, konform.

7. Da im JAHRESABSCHLUSS ein Verlust ausgewiesen ist, entfällt der Vorschlag des Vorstands der ÖVAG für die Gewinnverwendung. Ebenso entfällt daher eine diesbezügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrats der ÖVAG mangels ausgewiesenen Gewinns im JAHRESABSCHLUSS.

8. Festgehalten wird, dass die GESELLSCHAFT im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 2 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

9. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr fortgesetztes Engagement und den weiterhin hohen Arbeitseinsatz in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld aus.

Wien, im April 2015

Für den Aufsichtsrat von Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft:



Dr. Klaus LIEBSCHER, geb. 12.7.1939  
Vorsitzender des Aufsichtsrates



## CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT DER ÖSTERREICHISCHE VOLKSBANKEN-AKTIENGESELLSCHAFT

gemäß § 243b Unternehmensgesetzbuch sowie Regel 60 und 61 des Österreichischen Corporate Governance Kodex

### Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex (im folgenden auch „ÖCGK“ genannt) stellt österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Die Regeln des ÖCGK basieren auf den Vorschriften des österreichischen Aktien-, Börse- und Kapitalmarktrechts, den EU-Empfehlungen zu den Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zu der Vergütung von Direktoren sowie auf den OECD-Richtlinien für Corporate Governance und gehen über die rein gesetzlichen Anforderungen an Aktiengesellschaften hinaus.

Die im Kodex enthaltenen Regeln sind in

- „L“-Regeln, die auf zwingenden Rechtsvorschriften beruhen,
- „C“-Regeln, bei denen ein Abweichen zulässig, aber zu begründen ist, und
- „R“-Regeln, die Empfehlungscharakter besitzen, untergliedert.

Für nicht-börsennotierte Gesellschaften wie die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) sind gemäß Präambel des ÖCGK alle nicht zwingend anwendbaren L-Regeln als C-Regeln zu interpretieren.

Geltung erlangt der ÖCGK durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Der ÖCGK ist unter [www.corporate-governance.at](http://www.corporate-governance.at) abrufbar.

### Bekennnis zur Einhaltung der ÖCGK-Regeln

Die ÖVAG verpflichtet sich seit 2013 zur Einhaltung der Regeln des ÖCGK mit dem Ziel, Transparenz über eine verantwortungsvolle, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der sonstigen Stakeholder sowie der Öffentlichkeit herzustellen.

Die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung der einzelnen Regelungen des Kodex wird regelmäßig, mindestens alle drei Jahre durch eine externe Institution vorgenommen.

Diese Evaluierung erfolgte zuletzt für das Jahr 2013 durch die „Univ.Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH“.

Im Jahr 2014 hat die ÖVAG sämtliche L-Regeln und C-Regeln – bis auf die folgenden genannten C-Regeln - eingehalten. Abweichungen erfolgten von den nachstehend genannten C-Regeln:

#### Regel 2:

Das Prinzip „One Share - One Vote“ wird, solange die Republik Österreich (Bund) Namensaktien an der Gesellschaft hält, nicht angewendet als dieser das (ausschließlich an die FIMBAG-Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragbare) Recht auf Endsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) eingeräumt wird. Im Falle der Übertragung der bisher vom Bund an der Gesellschaft gehaltenen Namensaktien an die FIMBAG geht das diesbezügliche Entsendungsrecht von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf diese über. Sobald die FIMBAG diese an der ÖVAG gehaltenen Namensaktien wieder an die Republik Österreich (Bund) rückübertragen sollte, wird auch das ihr eingeräumte Recht auf Endsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Republik Österreich (Bund) (rück)übertragen.

#### Regel 27:

Im Hinblick auf die Restrukturierung der ÖVAG werden die Kriterien der Regel 27 i.V. mit der Anlage zu §39b BWG hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile des Vorstandes bei allen Vorstandsmitgliedern der ÖVAG nicht angewendet.

**Regel 45:**

Von der Regel, wonach Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion in anderen Gesellschaften wahrnehmen, die zum Unternehmen im Wettbewerb stehen, wird bezüglich der Aufsichtsratsmitglieder Frau Mag. Althaler, Herr Dr. Klaus Liebscher und Herr Mag. Franz Zwickl abgewichen, die in anderen Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen jeweils Aufsichtsratsmandate einnehmen. Dadurch wird branchenspezifisches Know-how und Erfahrung in die Wahrnehmung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrats zum Wohl des Unternehmens eingebracht.

**Regel 74:**

Von der Regel, wonach ein Unternehmenskalender mindestens zwei Monate vor Beginn des neuen Geschäftsjahres mit allen für Investoren und andere Stakeholder relevanten Terminen auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht wird, wurde abgewichen. Die Veröffentlichung erfolgte im Jänner 2015, sobald alle relevanten Termine fixiert waren.

**Informationen zum Vorstand****Zusammensetzung des Vorstandes**

(C-Regel 16 ÖCGK)

Im Geschäftsjahr 2014 waren

- Dr. Stephan Koren, geb. 14.12.1957, bestellt seit 03.09.2012 bis 31.08.2017 (Vorsitzender)
  - Dkfm. Michael Mendel, geb. 13.06.1957, bestellt seit 01.01.2009 bis 31.12.2016 (Vorsitzender-Stv.)
  - Mag. Christoph Raninger, geb. 03.02.1972, bestellt seit 15.02.2013 bis 28.02.2017
  - Dr. Rainer Borns, geb. 07.08.1970, bestellt seit 06.08.2012 bis 31.07.2016
- als Mitglied des Vorstandes der ÖVAG tätig (Details siehe Seite 12 und 13).

**Arbeitsweise des Vorstands**

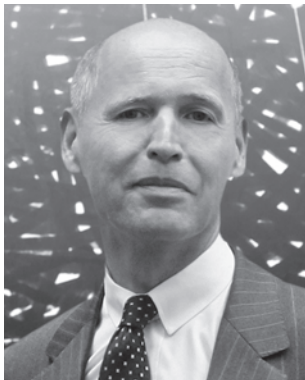
Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstandes ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Die vom Gesamtvorstand beschlossene Geschäftsverteilung wird vom Aufsichtsrat genehmigt. Die Geschäftsordnung regelt die Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen der Vorstandsmitglieder untereinander und gemäß einem Zustimmungskatalog die Angelegenheiten, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Die Vorstandsmitglieder haben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden und insbesondere die Erfüllung der Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes (§ 30a BWG) sowie die Einhaltung der gemäß Verbundvertrag in Kraft gesetzten Weisungen durch die Gesellschaft und die zugeordneten Kreditinstitute sicherzustellen.

Die Vorstandssitzungen finden regelmäßig (wöchentlich) statt, in welchen die Mitglieder des Vorstandes über den aktuellen Geschäftsverlauf berichten, Beschlüsse fassen und unternehmensstrategische Entscheidungen treffen. Darüber hinaus erfolgt auch außerhalb der Vorstandssitzungen ein kontinuierlicher Informationsaustausch über relevante Geschehnisse zwischen den Vorstandsmitgliedern.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements im Konzern. Darüber hinaus hält der Vorsitzende des Aufsichtsrates regelmäßig Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens.

## ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES



Vorsitzender

### Dr. Stephan Koren

geb. am 14.12.1957,  
bestellt seit 3.9.2012 bis 31.8.2017

#### Zuständigkeitsbereich:

- Generalsekretariat
- Revision
- Legal & Compliance
- Marketing und Kommunikation
- Personalmanagement/HR
- Unternehmensplanung und Finanzen
- Credit Services

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Wiener Stadtwerke Holding AG (Mitglied)
- Österreichische Industrieholding AG (Mitglied)
- Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH (Mitglied)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H. (Mitglied)



Vorsitzender-Stellvertreter:

### Dkfm. Michael Mendel

geb. am 13.6.1957,  
bestellt seit 1.1.2009 bis 31.12.2016

#### Zuständigkeitsbereich:

- Strategische Projekte Abbau
- Volksbank Romania S.A.
- Strategisches Risikomanagement
- Operatives Risikomanagement
- Non Core Business

#### Beteiligungen:

- VB Managementberatung
- VB Leasing International
- VB Real Estate Services

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- RHÖN-KLINIKUM AG Bad Neustadt / Saale (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- HETA Asset Resolution AG (Vorsitzender)

Mitglied:

## Dr. Rainer Borns

geb. am 7.8.1970,  
bestellt seit 6.8.2012 bis 31.7.2016

### Zuständigkeitsbereich:

- Operationalisierung § 30 a BWG
- VB Services für Banken
- Interessenvertretung
- Organisation/IT
- Vertrieb Volksbanken

### Beteiligungen:

- ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH
- VB Services für Banken Ges.m.b.H.
- VB Factoring Bank AG

### Mitgliedschaften:

- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken
- Internationale Volksbankenvereinigung (C.I.B.P.)

### Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Volksbank Regio Invest AG (Mitglied)
- Bank für Ärzte und freie Berufe Aktiengesellschaft (Vorsitzender)
- ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH (Vorsitzender)
- start:bausparkasse e.Gen. (Mitglied)
- Volksbank Obersteiermark e.Gen. (Mitglied)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Ergo Versicherung AG (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Volksbanken-Versicherungsdienst-Gesellschaft m.b.H.



Mitglied:

## Mag. Christoph Raninger

geb. am 3.2.1972,  
bestellt seit 15.2.2013 bis 28.2.2017

### Zuständigkeitsbereich:

- Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
- Financial Markets & Group Treasury
- Capital Markets / Products & Sales
- Kommerzgeschäft

### Beteiligungen:

- Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG
- Volksbank Invest Kapitalanlage GesmbH
- Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG
- VB Leasing Finanzierung
- Leasing West
- IMMO KAG

### Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Oesterreichische Kontrollbank AG (Mitglied)



## INFORMATIONEN ZUM AUFSICHTSRAT

### Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie andere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften (C-Regel 58 ÖCGK)

Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktions-Periode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Dr. Johann Georg <b>Schelling</b> ( <b>Vorsitzender</b> bis 1.9.2014) geb. 27.12.1953	26.4.2012	ausgeschieden am 1.9.2014	keine
Dr. Klaus <b>Liebscher</b> ( <b>Vorsitzender</b> ab 25.09.2014) geb. 12.7.1939	entsandt seit 28.12.2012	b.a.w.	keine
Dr. Rainer <b>Kuhnle</b> ( <b>1. Stv. Vorsitzender</b> ) geb. 7.1.1967	27.5.2004	o. HV 2017	keine
Mag. Franz <b>Zwickl</b> ( <b>2. Stv. Vorsitzender</b> ) geb. 11.11.1953	26.4.2012	o. HV 2017	CA Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft (Mitglied)
Mag. Susanne <b>Aithaler (Mitglied)</b> geb. 22.3.1959	26.04.2012	o. HV 2017	Wiener Privatbank SE (Mitglied)
Dr. Richard <b>Ecker (Mitglied)</b> geb. 22.2.1968	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Mag. Markus <b>Hörmann (Mitglied)</b> geb. 19.9.1963	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Mag. Birgit <b>Noggler (Mitglied)</b> geb. 10.9.1974	entsandt seit 10.9.2014	b.a.w.	keine
Josef <b>Preissl (Mitglied)</b> geb. 2.3.1959	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Edwin <b>Reiter (Mitglied)</b> geb. 6.5.1962	24.5.2006	o. HV 2017	keine
DI Dr. Thomas <b>Steiner (Mitglied)</b> geb. 28.1.1980	entsandt seit 27.2.2013	b.a.w.	keine

#### Vom Betriebsrat delegiert:

Hans <b>Lang</b> geb. 17.10.1953	8.6.2004	b.a.w.	keine
Gabriele <b>Bauer</b> geb. 7.3.1967	13.6.2013	b.a.w.	keine
DI Wolfgang <b>Agler</b> geb. 11.5.1957	25.10.2013	b.a.w.	keine



Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktions-Periode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Dipl.BW(FH) Hermann <b>Ehinger</b> geb. 12.10.1958	3.3.2010	b.a.w.	keine
Dr. Mattäus <b>Thun-Hohenstein</b> geb. 22.2.1963	13.4.2005	b.a.w.	keine

#### Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Aufsichtsrats inkl. Angabe der (stellvertretenden) Vorsitzenden (C-Regel 39 ÖCGK)

Name	Bewilligungs-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Vergütungs- und Nominierungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Arbeits-ausschuss
Dr. Klaus <b>Liebscher</b>	–	Mitglied bis 25.9.2014	Mitglied bis 25.9.2014	Vorsitzender, Vergütungs-experte	Vorsitzender	Vorsitzender
Dr. Rainer <b>Kuhnle</b>	–	Mitglied	–	Mitglied	Mitglied	Mitglied
Mag. Franz <b>Zwickl</b> Mitglied	–	Vorsitzender, Finanzexperte	–	–	Mitglied	Mitglied
Mag. Susanne <b>Althaler</b>	Mitglied	–	Mitglied	–	–	–
Dr. Richard <b>Ecker</b>	–	Mitglied	–	–	–	–
Mag. Markus <b>Hörmann</b>	–	–	–	Mitglied	Mitglied	–
Mag. Birgit <b>Nogger</b>	–	Mitglied	Mitglied	–	–	–
Josef <b>Preissl</b>	Mitglied	–	Vorsitzender	–	–	Mitglied
Edwin <b>Reiter</b>	Vorsitzender	–	Mitglied	–	–	–
DI Dr. Thomas <b>Steiner</b>	Mitglied	–	–	–	–	–
Hans <b>Lang</b>	Mitglied	Mitglied	–	Mitglied	–	Mitglied
Gabriele <b>Bauer</b>	–	–	–	Mitglied	–	–
DI Wolfgang <b>Agler</b>	–	–	–	–	–	–
Dipl.BW(FH) Hermann <b>Ehinger</b>	Mitglied	Mitglied	Mitglied	–	–	Mitglied
Dr. Matthäus <b>Thun-Hohenstein</b>	–	–	Mitglied	–	–	–

### Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

(C-Regel 53 ÖCGK)

Im Zuge der Einführung des ÖCGK hat der Aufsichtsrat der ÖVAG Kriterien für die Unabhängigkeit seiner Mitglieder in Anlehnung an Anhang 1 des ÖCGK festgelegt:

#### Leitlinien für die Unabhängigkeit

Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenkonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

#### Darstellung, welche Mitglieder als unabhängig anzusehen sind

(C-Regel 53 ÖCGK)

Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien haben sämtliche gewählte bzw. von einem Aktionär entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Unabhängigkeit erklärt.

#### Information zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat im November 2014 mit externer Begleitung durch die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH die Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere seine Organisation und Arbeitsweise evaluiert und das Ergebnis dieser Selbstevaluierung in seiner Sitzung am 11.12.2014 behandelt. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2015 einfließen lassen.

## Arbeitsweise und Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

### Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 und Bericht über seine Tätigkeit

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der **Aufsichtsrat** hat seine Tätigkeit nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung auszuüben. Er hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen, insbesondere ob durch die Tätigkeit des Vorstandes unter Berücksichtigung der förderwirtschaftlichen Zielsetzung der Gesellschaftszweck verwirklicht wird und die Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation gem. § 30a BWG eingehalten werden.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2014 elf Sitzungen abgehalten.

In jeder ordentlichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat mit den Berichten des Vorstands über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst und Informationen zum Fortschritt der Restrukturierung, zur Volksbank Romania als wichtigste Beteiligung und zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG und den regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene erhalten. Intensiv setzte sich der Aufsichtsrat mit den Fortschritten bei der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes auseinander und nahm die vom Vorstand vorgeschlagene Neuordnung der Strukturen der ÖVAG, mit der die dem Abbauteil zugeordneten Aktiva – unter Zurücklegung der Bankkonzession - zur Gänze abgewickelt werden und die zum Kerngeschäft zählenden Aktiva und Serviceeinheiten sowie alle Aufgabe der ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes in eine neue Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes eingebracht werden, unterstützend und befürwortend zur Kenntnis. Diese Neustrukturierung des Verbundes soll bis Mitte 2015 umgesetzt sein und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der regulatorischen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Kommission.

In den Sitzungen des Aufsichtsrates wurden weiters regelmäßig die Berichte der Internen Revision behandelt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen.

Der Aufsichtsrat befasste sich weiters regelmäßig mit den ihm vorgelegten Anträgen, die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung seiner Zustimmung bedürfen. Dies betraf insbesondere die Zustimmung zum Verkauf der Volksbank Romania sowie von Tochtergesellschaften der VB Leasing International, mit denen der Abbau von Risiken zügig fortgesetzt wird.

### Anzahl und Art der eingerichteten Ausschüsse und deren Entscheidungsbefugnisse (C-Regel 34) sowie Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse im Geschäftsjahr 2013 und Bericht über ihre Tätigkeit (C-Regel 39)

Der Aufsichtsrat hat sechs Ausschüsse gebildet: den Bewilligungsausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Vergütungs- und Nominierungsausschuss, den Personalausschuss und den Arbeitsausschuss.

Der **Bewilligungsausschuss** ist zuständig für die Zustimmung zu Aktivposten, welche eine bestimmte, vom Aufsichtsrat festzulegende Wertgrenze übersteigen, sowie zur Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, soweit der Buchwert EUR 2.000.000,-- nicht übersteigt. Der Bewilligungsausschuss hat im Jahr 2014 in vier Sitzungen die in seine Kompetenz fallenden Gegenstände behandelt.

Der **Prüfungsausschuss** ist zuständig für

- i) die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses;
  - ii) die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionsystems und des Risikomanagementsystems;
  - iii) die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung;
  - iv) die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die ÖVAG bzw. ihren Konzern erbrachten zusätzlichen Leistungen;
  - v) die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und des Corporate Governance Berichts sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
  - vi) die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts;
  - vii) die Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats für die Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers)
- und erörterte diese Belange im Jahr 2014 in drei Sitzungen.

Der **Risikoausschuss** ist zuständig (soweit sich dies aus § 30a BWG ergibt, auch auf Kreditinstituts-Verbundebene) für

- i) die Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie,
- ii) die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß § 39 Abs. 2b Z 1 bis 14 BWG, der Eigenmittelausstattung und der Liquidität,
- iii) die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte dem Geschäftsmodell und der Risikostrategie angemessen ist und gegebenenfalls Vorlage eines Plans mit Abhilfemaßnahmen;
- iv) Unbeschadet der Aufgaben des Vergütungsausschusses, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt von realisierten Gewinnen berücksichtigt werden.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2014 in vier Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der ÖVAG, ihrer wesentlichen Konzernunternehmen sowie des Kreditinstituts-Verbundes auseinander.

Der **Vergütungs- und Nominierungsausschuss** ist zuständig für Vergütungs- und Nominierungsbelange.

Die Vergütungsbelange umfassen

- i) die Vorbereitung und Fassung von Beschlüssen zum Thema Vergütung, einschließlich solcher, die sich auf Risiko und Risikomanagement des Kreditinstituts auswirken;
- ii) die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gem. § 39 Abs. 2b Z 1 – 10 BWG, der Eigenmittelausstattung und Liquidität, wobei auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern des Kreditinstitutes sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität zu berücksichtigen sind.

Die Nominierungsbelange umfassen die folgenden Angelegenheiten:

- i) Bewerber für die Besetzung frei werdender Stellen in der Geschäftsleitung zu ermitteln und dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten;
- ii) den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Vorschlägen an die Hauptversammlung für die Besetzung frei werdender Stellen im Aufsichtsrat zu unterstützen;
- iii) regelmäßig, jedenfalls jedoch, wenn Ereignisse die Notwendigkeit zur Neubeurteilung anzeigen, eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten;

- iv) regelmäßig, jedoch zumindest jährlich, eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der Geschäftsleiter als auch der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchzuführen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen;
- v) den Kurs der Geschäftsleitung im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements zu überprüfen und den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss befasste sich im Jahr 2014 in zwei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verband, der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange, der jährlichen Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, der Bewertung und Nachfolgeplanung für den Vorstand und Aufsichtsrat, dem Prozess zur Auswahl des höheren Managements und der Zielrelation für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat.

Der **Personalausschuss** ist zuständig für die Behandlung aller Personalbelange der Vorstandsmitglieder in gesellschaftsrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht sowie für die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem. Der Personalausschuss hielt im Jahr 2014 eine Sitzung ab, in der er sich mit der Annahme eines Vorstandsmandates sowie eines Aufsichtsratsmandates durch ein Vorstandsmitglied in konzernfremden Unternehmen befasste und dem Aufsichtsrat die diesbezügliche Genehmigung empfahl.

Der **Arbeitsausschuss** ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2014 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

Den oben angeführten Ausschüssen kommt innerhalb ihres zugewiesenen Kompetenzbereiches jeweils Entscheidungsbefugnis zu.

Für Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wird auch auf den Bericht des Aufsichtsrates verwiesen.

#### Bekanntnis zur Förderung von Frauen in Organ- und Leitungsfunktionen

Der ÖVAG ist die Chancengleichheit und Diversität hinsichtlich Geschlecht, Alter, Herkunft, etc. ein wesentliches Anliegen. Nachdem bereits 2009/2010 das Projekt "Diversity Management" im Rahmen einer Corporate Social Responsibility (CSR)-Initiative ins Leben gerufen wurden, nahm die ÖVAG im Jahr 2014 am Audit „berufundfamilie“ teil, und wurde mit dem Titel „familienfreundliches Unternehmen“ ausgezeichnet (staatliches Grundzertifikat). Dieses Zertifikat wird nur jenen Unternehmen verliehen, die konkrete Maßnahmen zur Förderung von Beruf und Familie vorweisen können, bzw. bereit sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Arbeitszeit-Flexibilität, Gesundheitsförderung, Mitarbeiter/innenorientierung und Führungskräfteentwicklung sind hierbei zentrale Schwerpunkte, die gesetzt wurden und werden.

Im Vergütungs- und Nominierungsausschuss des Aufsichtsrates der ÖVAG wurde zudem ein Beschluss gefasst, dass die Quote für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat bis zum Jahr 2020 auf 30% gesteigert werden soll. Die Anzahl der weiblichen Aufsichtsrätinnen konnte im Jahr 2014 von 13% auf 20% gesteigert werden. Die Relation im Vorstand blieb konstant (100% männlich).

Bezüglich der sonstigen Führungsebenen bekennt sich die ÖVAG ebenfalls dazu, den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern. Auf der ersten Berichtsebene (Bereichs- und Stabstellenleitungen inkl. – Stellvertretungen) konnte der weibliche Führungskräfteanteil im 2013/2014 auf über 20% gesteigert werden.

### Bekennnis zur Bekämpfung von Korruption

Der Vorstand der ÖVAG bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen korruptive Handlungen und berichtet dem Aufsichtsrat jährlich über die Vorkehrungen in der ÖVAG zur Bekämpfung von Korruption. Neben einer Arbeitsanweisung über die Annahme und Gewährung von Geschenken und Einladungen, welche für den Vorstand gleichermaßen gilt wie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie sonstige Beauftragte der ÖVAG, wurden auch Regelungen zum Umgang mit Lobbyismus, Spenden und Sponsoring erlassen. In der ÖVAG ist darüber hinaus ein strukturiertes und umfassendes Internes Kontrollsystem implementiert. Seit Februar 2014 haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖVAG mittels einer Internetplattform die Möglichkeit, rechtlich relevante Auffälligkeiten (z.B. korruptive oder betrügerische Handlungen) anonym zu melden (Whistleblowingsystem). Die ÖVAG ist korporatives Mitglied von Transparency International Austrian Chapter und unterstreicht damit aktiv deren Engagement gegen Korruption.

### Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

#### Vergütung der Vorstandsmitglieder (C-Regel 30 und 31 ÖCGK)

Bezüge für das Geschäftsjahr 2014 in EUR:

	Fixe Bezüge	Sonstige Bezüge	Variable Bezüge	Gesamt- bezüge
Dr. Stephan Koren	549.999,94	63.599,50	0	613.599,44
Dkfm. Michael Mendel	475.000,12	137.795,54	0	612.795,66
Mag. Christoph Raninger	450.000,04	61.170,80	0	511.170,84
Dr. Rainer Borns	389.999,96	54.809,81	0	444.809,77

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen.

In der Position „Sonstige Bezüge“ sind Pensionskassenbeiträge bzw. Rentenversicherungsbeiträge, Beiträge zur Vorsorgekasse (Abfertigung Neu) und div. Sachbezüge enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

#### Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der ÖVAG.

#### Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Die Verpflichtungen und Vorgaben der Regel 27a des Corporate Governance Kodex sowie die Anlage zu § 39b BWG werden eingehalten. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages.

Veröffentlichung der im Geschäftsjahr 2014 gewährten Vergütungen für jedes Aufsichtsratsmitglied einzeln in EUR (C-Regel 51 ÖCGK)

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 24.05.2006 wurde für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ein Gesamtbetrag von EUR 101.000,- (exkl. Sitzungs- und Taggeld) festgelegt. Dieser Betrag wurde seitdem – auch in Berücksichtigung der Restrukturierung der ÖVAG – nicht mehr erhöht.

Das Vergütungsschema für den Aufsichtsrat gestaltet sich wie folgt:

Vorsitzender	EUR 25.000,-
Stellvertretende Vorsitzende	EUR 12.500,-
Ausschussvorsitzende	EUR 7.000,-
Einfache Mitglieder	EUR 6.000,-

Die Vergütungen werden an die Aufsichtsratsmitglieder jeweils nach der ordentlichen Hauptversammlung rückwirkend für das vorige Geschäftsjahr (aliquotiert nach Mandatsdauer) ausbezahlt.

Für das Jahr 2014 fallen für die Aufsichtsratsmitglieder folgende Sitzungs- und Tagelder sowie Vergütungen an:

	Sitzungs- u. Taggeld <sup>1</sup>	AR-Vergütung <sup>2</sup>	Gesamtsumme
Mag. Susanne Althaler	1.540,63	6.000,00	7.540,63
Dr. Richard Ecker	1.061,00	6.000,00	7.061,00
Mag. Markus Hörmann	1.104,60	6.000,00	7.104,60
Dr. Rainer Kuhnle	1.511,56	12.500,00	14.011,56
Mag. Klaus Kumpfmüller	101,74	739,73	841,47
Dr. Klaus Liebscher	1.409,82	11.049,32	12.459,14
Mag. Birgit Noggler	683,11	1.841,10	2.524,21
Josef Preissl	1.816,78	7.000,00	8.816,78
Edwin Reiter	1.816,78	7.000,00	8.816,78
Dr. Hans Jörg Schelling	581,37	16.712,33	17.293,70
Dipl.-Ing. Dr. Thomas Steiner	1.133,67	6.000,00	7.133,67
Mag. Franz Zwickl	1.584,23	12.500,00	14.084,23
Dipl.-Ing. Wolfgang Agler	–	–	–
Gabriele Bauer	–	–	–
Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger	–	–	–
Hans Lang	–	–	–
Dr. Matthäus Thun-Hohenstein	–	–	–
In Summe:	14.243,55	92.602,75	106.846,30

<sup>1</sup> Wurde im Jahr 2014 bereits ausbezahlt

<sup>2</sup> Wird im Jahr 2015 nach der ordentlichen Hauptversammlung ausbezahlt

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind grundsätzlich keine Stock-Option-Pläne vorgesehen.

#### D&O-Versicherung

Es wird auf das Bestehen einer derartigen Versicherung für Vorstand, Aufsichtsrat und leitende Angestellte hingewiesen, deren Kosten von der ÖVAG getragen werden.

Wien, im März 2015

Der Vorstand

Dr. Stephan Koren  
Vorsitzender

Dkfm. Michael Mendel  
Stv. Vorsitzender

Mag. Christoph Raninger  
Mitglied

Dr. Rainer Borns  
Mitglied





# LAGEBERICHT

- 26** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
  - 26** Geschäftsverlauf
  - 31** Bericht über die Zweigniederlassungen
  - 32** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
  - 34** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 35** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
  - 35** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
  - 36** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 38** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 39** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

## DER LAGEBERICHT

### 1. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

#### Geschäftsverlauf

Die Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften und befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden.

#### Abbaumaßnahmen

Anfang 2014 konnten im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitige Rückführung von Krediten eines Immobilienportfolios im Ausmaß von rund EUR 408 Mio. durchgeführt werden.

Ende Juli erfolgte das Closing des Verkaufsprozesses eines Portfolios von Private Equity Fondsbeteiligungen und Direktbeteiligungen in der DACH-Region und Osteuropa.

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG im Zusammenhang mit dem VBI Verkauf eingebracht. Im Verhandlungsweg konnte im April 2014 das Zurückziehen der Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof erreicht werden.

Die Verkaufsprozesse für die Investkredit International Bank plc, die VB Leasing International Gruppe sowie die Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Bei der Investkredit International Bank plc konnten im März 2014 die Verträge unterschrieben, der Verkaufsprozess jedoch mangels Closing nicht beendet werden. Mit 13. Oktober 2014 wurde die Banklizenz zurückgelegt und die Liquidation des Unternehmens eingeleitet. Für die Volksbank Malta Ltd wurden die Verträge im April 2014 unterfertigt. Das Closing fand am 25. September 2014 statt.

Nachdem der Mitte 2013 gestartete Prozess für den Verkauf der gesamten VB Leasing International Gruppe zu keinem Ergebnis gekommen ist, wurde der Verkaufsprozess für vier Landesgesellschaften (Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien) gestartet. Im zweiten Quartal 2014 wurden die Verträge über den Verkauf der Landesgesellschaften Polen und Rumänien unterschrieben. Das Closing fand am 9. September 2014 statt. Die Vertragsverhandlungen für den Verkauf der Landesgesellschaften in Tschechien wurden am 11. September 2014 mit dem Signing des Vertrages und dem Closing am 31. Oktober 2014 abgeschlossen. Für die restlichen Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe wurde ein neuer Verkaufsprozess gestartet.

Am 27. März 2014 nahm die Rating Agentur Moody's ein Downgrade des ÖVAG Emittenten Ratings von Baa3 auf Ba1 und am 5. August 2014 von Ba1 auf Ba3 vor. Damit werden Senior Unsecured Anleihen der ÖVAG als Investitionen im Sub-Investment-Grade Bereich eingestuft, der für manche institutionelle Anleger außerhalb ihres Investment Profils liegt. Als Konsequenz verkauften einige institutionelle Anleger ihre Anleihen. Auch pri-

vate Anleger nahmen die Ratingherabstufung zum Anlass ÖVAG Anleihen zu verkaufen. Die Bank hat Anleihen in einem vorab definierten Ausmaß selbst zurückgenommen und konnte dadurch die Kosten des bestehenden Liquiditätsüberschusses reduzieren. Die Ratingherabstufungen von Moody's hatten somit keine unerwarteten Auswirkungen auf die Liquiditätsausstattung des Konzerns.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. wurde im April 2014 die Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses vorgenommen. Gemeinsam mit den Miteigentümern konnte die ÖVAG am 10. Dezember 2014 den Kaufvertrag mit der rumänischen Banca Transilvania unterzeichnen. Seit 17. März 2015 liegen uns die Genehmigungen der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 muss der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Am 2. Oktober 2014 hat der Vorstand, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbands erfüllt, sollen an eine große regionale Volksbank übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbank-Sektor zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit zwei Jahren erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden. Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsfunktionen über 130 europäische Kreditinstitute diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterzogen. Der österreichische Volksbanken-Verband und damit auch der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verband errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbandes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungstichtag für das Comprehensive Assessment (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbandes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG. Desweiteren sind Maßnahmen wie weiterer Abbau des Non-Core Portfolios, Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren, Umsetzung einer Verbriefungstransaktion, Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen enthalten.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

Die Ratingagentur Moody's reagierte am 30. Oktober 2014 auf die Ergebnisse des Comprehensive Assessments mit einem Rating-Downgrade der ÖVAG. Das Emittentenrating wurde um zwei Klassen von Ba3 auf B2 zurückgestuft. Da Moody's bereits Ende März 2014 eine Herabstufung in den Sub-Investment Grade Bereich vorgenommen hatte, waren seitens der Investoren kurzfristig keine Reaktionen spürbar.

Bedingt durch die angekündigte Teilung der ÖVAG und die Neuordnung im Verbund hat die Rating Agentur Fitch das Rating der ÖVAG, das bis dato mit dem Rating des Volksbanken-Verbundes ident war, neu bewertet. Das Rating für den Verbund wurde mit A, bei negativem Ausblick bestätigt, das der ÖVAG auf BBB-, ebenfalls mit negativem Ausblick, herabgestuft.

### Wirtschaftliche Lage

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2014 faktisch nicht gewachsen. Laut Eurostat lag die reale Quartalswachstumsrate in den ersten beiden Quartalen bei jeweils 0%, fiel dann auf -0,1% und erholte sich gemäß Vorausschätzung vom 13.2.2015 im vierten Quartal auf 0,1%. Die für das Gesamtjahr vom Wirtschaftsforschungsinstitut erwartete Rate von 0,3% (Winterprognose EU-Kommission: 0,2%) war auf einen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr zurück zu führen. Aufgrund der schwachen Entwicklung von Realeinkommen und Arbeitsmarkt konnte der private Konsum nur durch ein Absenken der Sparquote konstant gehalten werden. Die Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich etwas stärker, während der Außenbeitrag unerwartet schwach ausfiel, was sowohl auf den Reiseverkehr als auch auf eine schwache Entwicklung des Welthandels zurück zu führen war. Die Arbeitslosenrate zählte am Jahresende mit 4,9% laut Eurostat aber noch immer zu den niedrigsten der Eurozone, und die Konsumentenpreisinflation war sowohl im Gesamtjahr (1,5% laut EU-Kommission) als auch zu Jahresende 2014 (0,8% laut Eurostat) die höchste im gesamten europäischen Währungsraum. Während die Inflation teilweise auf Gebühren des Staates oder staatsnahen Sektors zurück gingen und damit nicht als Zeichen wirtschaftlicher Dynamik gewertet werden kann, war auch die Entwicklung des Kreditmarktes im europäischen Vergleich recht robust und deutet trotz der Wachstumschwäche auf eine gewisse Resilienz der österreichischen Wirtschaft hin.

Innerhalb Österreichs verlief die Wirtschaftsentwicklung uneinheitlich. Während die Sachgütererzeugung in den ersten drei Quartalen in der Steiermark, in Oberösterreich, Tirol Vorarlberg und dem Burgenland zunahm, ging sie in den anderen Bundesländern, insbesondere in Wien, zurück. Wien war auch hinsichtlich der Bauproduktion der ersten drei Quartale die schwächste Region, während sich der Tourismus hier bei Weitem am besten entwickelte. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten nahm in allen Bundesländern mit Ausnahme Kärntens zu, wobei Kärnten dennoch den geringsten Anstieg der in allen Bundesländern ansteigenden Anzahl der Arbeitslosen zu verzeichnen hatte. Die positive Preisentwicklung des Wohnimmobilienmarktes setzte sich zunächst fort, hier kam es jedoch insbesondere in Wien im dritten Quartal zu einer spürbaren Abflachung. Der OeNB-Immobilienpreisindex war auch für Wien im Quartalsvergleich erstmals seit Langem wieder rückläufig und die Jahreswachstumsrate war mit 2,2% in Wien zwar positiv, aber – ebenfalls erstmals seit Langem – etwas niedriger als im restlichen Österreich, wo 2,5% zu verzeichnen waren.

Auch die Eurozone als Ganze verzeichnete Mitte 2014 einen Wachstumsrückgang, wobei sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt etwas besser entwickelte als in Österreich. Die reale BIP-Wachstumsrate für das Gesamtjahr dürfte laut Winterprognose der EU-Kommission bei 0,8% liegen. 2013 war mit -0,5% noch eine negative Wachstumsrate verzeichnet worden. Maßgeblich für die Schwächephase ab der Jahresmitte waren die zunehmenden geopolitischen Spannungen (IS, Ukraine, damit verbundene Handelsbeschränkungen), der vergleichsweise schwache Welthandel und die zunehmende Verunsicherung

von Verbrauchern und Investoren angesichts einer möglicherweise drohenden Deflation und der beschränkten fiskalischen Spielräume. Im Gefolge fallender Preise für Energierohstoffe und einer generell verhaltenen Nachfrage fiel die Inflationsrate des Euroraums im vierten Quartal unter null und setzte diesen Rückgang auch nach dem Jahreswechsel noch fort. Die Unterschiede der nationalen Wachstums- und Inflationsraten waren 2014 nicht mehr so stark ausgeprägt wie in den Jahren zuvor. Insbesondere konnten die „Peripheriestaaten“ wieder etwas bessere Wirtschaftsdaten verzeichnen. Auch in Deutschland verlief die Entwicklung vergleichsweise robust. Für das Gesamtjahr 2014 geht die Europäische Kommission von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% aus.

Angesichts der zu niedrigen Inflation in der Eurozone hat die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik 2014 weiter gelockert. Im Juni beschloss der geldpolitische Rat gezielte (zweckgebundene) längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, die Vorbereitung des im späteren Jahresverlauf begonnenen Kaufs von Asset-backed Securities (ABS) und Covered Bonds und die Verlängerung der Vollzuteilung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems wurde im Juni um 10 Basispunkte auf 0,15% und jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Basispunkte auf 0,40% gesenkt. Gleichzeitig wurde für die Einlagefazilität ein negativer Zinssatz von -0,10% eingeführt, um den Anreiz für die Verwendung der zur Verfügung gestellten Liquidität für die Kreditvergabe zu erhöhen. Im September wurden die drei Leitzinssätze um weitere 10 Basispunkte auf 0,05% (Hauptrefinanzierung), 0,30% (Spitzenrefinanzierung) bzw. -0,20% (Einlagefazilität) gesenkt.

Die erneute geldpolitische Lockerung und die niedrige europäische Inflation waren mit einem weiteren Rückgang der Marktzinsen und einer spürbaren Abschwächung des Euro zum US-Dollar verbunden. Der Dreimonats-Euribor nahm im Jahresverlauf um 21 Basispunkte auf 0,08% ab, die Rendite der zehnjährigen österreichischen Bundesanleihe fiel um 157 Basispunkte auf 0,71%. Während viele Aktienmärkte von den niedrigen Zinsen und dem fallenden Ölpreis profitierten, litt der österreichische Aktienmarkt unter dem Konflikt in der Ukraine und den Belastungen für den in Zentral- und Osteuropa engagierten Finanzsektor. Der ATX nahm im Jahresverlauf um 15% ab.

In Rumänien setzte sich nach einer vorübergehenden Abschwächung im zweiten Quartal die konjunkturelle Erholung auch 2014 fort. Laut Winterprognose der EU-Kommission sollte im Gesamtjahr eine BIP-Wachstumsrate von 3% erreicht worden sein. Auch hier ist die Teuerung merklich zurück gegangen, was es der Zentralbank ermöglichte, ihren Leitzins auf ein neues Rekord-Tief von 2,50% zu senken.

### **Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2014**

Das ÖVAG Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR -466 Mio. Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen liegt bei EUR -500 Mio.

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR 203 Mio. und liegt damit um EUR 14 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2013: EUR 189 Mio.). Die leichte Zunahme des Zinsüberschusses resultiert aus dem Abbau von zinstragenden Vermögenswerten und deren Refinanzierung im Rahmen des Restrukturierungsprozesses, wobei die Zinsaufwendungen insgesamt stärker abnahmen als die Zinserträge.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 20 Mio. und ging im Vergleich zur Vorperiode (2013: EUR 30 Mio.) um EUR 10 Mio. zurück. Dies ist insbesondere durch Abbaumaßnahmen der Non-core Bereiche getrieben.

Im Handelsergebnis ist im Vergleich zur Vorperiode (2013: EUR 8 Mio.) ein Anstieg zu verzeichnen. Das Handelsergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2014 EUR 27 Mio.; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere bei den zinsbezogenen Geschäften zu verzeichnen.

und steht im Zusammenhang mit Restrukturierungen von Sicherungsgeschäften. Dies diente der Optimierung des Hedge Accounting, was zu einer Entlastung des Handelsergebnisses führte.

Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 247 Mio. (2013: EUR 250 Mio.) nahezu unverändert. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2013 um 536 Mitarbeiter und beträgt nun 1.317 Mitarbeiter. Davon sind 282 nicht in Österreich beschäftigt. Der Rückgang ist vor allem auf den Verkauf der VB Leasing International Gesellschaften in Polen, Rumänien und Tschechien sowie der Volksbank Malta zurückzuführen. Da die Verkäufe mit Ende des dritten Quartals erfolgten, spiegelten sich die Maßnahmen noch nicht im vollen Umfang wider.

Aufgrund der geplanten Umstrukturierungen wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Restrukturierungsaufwand in Höhe von EUR 36 Mio. erfasst. Davon betreffen EUR 25 Mio. Maßnahmen im Personalbereich. Die restlichen Kosten wurden für erhöhte Verwaltungsaufwendungen und vorzeitige Vertragsauflösungen rückgestellt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2014 auf EUR –82 Mio. (2013: EUR 157 Mio.). Wesentlicher Bestandteil im Geschäftsjahr 2014 war die Bewertung von Veräußerungsgruppen nach IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe in Höhe von EUR –24 Mio. sowie der VB Malta in Höhe von EUR –19 Mio. Die Anpassung der Bewertung der von der Republik Österreich am 15. März 2013 abgegebene Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) an die neue Planung belastete das sonstige betriebliche Ergebnis mit EUR –56 Mio. (2013: Ertrag von EUR 69 Mio.). Weiterer Bestandteil war die Bankenabgabe mit EUR –37 Mio. (2013: EUR –46 Mio.). Aus der Anpassung der Buchwerte von verlusttragenden Verbindlichkeiten gem. IAS 39 AG 8 wurde in der Berichtsperiode ein Ertrag von EUR 44 Mio. (2013: EUR 89 Mio.) erfasst. Im Vorjahreszeitraum wird ein Ertrag in Höhe von EUR 40 Mio. aus dem Verkauf von eigengenutzten Gebäuden ausgewiesen.

Der Aufwand für Risikovorsorge beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR 38 Mio. Im Vergleich zum Vorjahreswert von EUR 23 Mio. ist das ein Anstieg von EUR 14 Mio. Aufgrund des Abbaus der Non-core Kreditbestände im Zusammenhang mit der Restrukturierung war für das Berichtsjahr ein geringerer Wertberichtigungsbedarf als in 2013 notwendig. Im Vergleich zur Vorperiode gingen allerdings die Auflösungen aus den Portfoliowertberichtigungen zurück, was insgesamt zum Anstieg in dieser Position führte.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR –46 Mio. und liegt damit um EUR 3 Mio. über der Vergleichsperiode (2013: EUR –49 Mio.). Belastend auf das Ergebnis der aktuellen Berichtsperiode wirken sich erhöhte Wertberichtigungen von Wertpapieren aus (2014: EUR –18 Mio.; 2013: EUR –3 Mio.), während die Bewertungen von at fair value through profit or loss bewerteten Vermögenswerte einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr aufweisen. Erträge aus dem Verkauf von held to maturity Wertpapiere kompensieren teilweise die im Vorjahr erzielten Gewinnen aus dem Verkauf von Beteiligungen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Umfang der at equity bewerteten Unternehmen erweitert, daher stieg auch das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity um EUR 7 Mio. auf EUR 8 Mio. im Vergleich zum Vorjahr an. Die VB Romania S.A. (VBRO) wird aufgrund des am 10. Dezember 2014 unterschriebenen Kaufvertrages über den Verkauf der gesamten Anteile in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches umgegliedert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die Equity Bewertung der VBRO im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR –275 Mio. (2013: EUR –127 Mio.). Neben der Übernahme des negativen Ergebnisses aus dem Geschäftsjahr 2014 (EUR –218 Mio.) und der noch nicht verrechneten Vorjahresverluste (EUR –34 Mio.) musste der Buchwert auf-



grund des zu erwartenden Kaufpreises um EUR –22 Mio. abgewertet werden. In der Vergleichsperiode ist ein Betrag von EUR 15 Mio. aus der beim Verkauf der Anteile an der Selini Holding GmbH vereinbarten Kaufpreisverbesserung enthalten.

Aufgrund der mangelnden Verwertbarkeit in den nächsten vier Jahren wurden in der ÖVAG keine aktiven latenten Steuern auf den steuerlichen Verlust 2014 angesetzt. Latente Steuererträge auf Bewertungsunterschiede im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung wurden in dem Ausmaß erfasst, in dem latente Steuerschulden aus anderen Bewertungsunterschieden entstanden sind.

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2014 EUR 15,1 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 20,9 Mrd.) abbaubedingt um EUR 5,8 Mrd. verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 3,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 5,8 Mrd.) um EUR 2 Mrd. gesunken. Das ist vor allem auf Rückgänge bei den Ausleihungen an Sektorinstitute zurückzuführen.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. Dezember 2014 EUR 4,1 Mrd. und sind im Vergleich zum Ultimo (31.12.2013: EUR 7,1 Mrd.) um EUR 2,9 Mrd. zurückgegangen. Die Rückgänge sind vor allem in den Non-core Geschäftsbereichen zu verzeichnen und hier im Wesentlichen auf den Verkauf von Unternehmen der VB Leasing International Gruppe und der VB Malta zurückzuführen.

Die Finanzinvestitionen konnten durch Verkäufe und Tilgungen um EUR 0,6 Mrd. auf EUR 2,8 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 3,4 Mrd.) vermindert werden.

In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem Kredite erfasst, deren Verkauf zum 31. Dezember 2014 vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist. Hier ist auch der Buchwert der at equity bewerteten Beteiligung an der VB Romania S.A. ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 7,7 Mrd.) um EUR 1,5 Mrd. auf EUR 6,2 Mrd. gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 1,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 2,1 Mrd.) um EUR 0,3 Mrd. gesunken. Dies steht im Zusammenhang mit dem Abbau von Kundenportfolien.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 3,3 Mrd. und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2013 (EUR 7,1 Mrd.) um EUR 3,8 Mrd. zurückgegangen. Diese Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige Tilgungen sowie vorzeitige Rückführungen zurückzuführen.

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahresultimo aufgrund des Ergebnisses im Geschäftsjahr 2014 gesunken und beträgt EUR 0,6 Mrd.

### Bericht über die Zweigniederlassungen

Der ÖVAG Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

## Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Reduktion der risikogewichteten Aktiva, die Eigenmittel sowie die Kapitalquoten im Fokus der strategischen Zielsetzung. Die bankrechtlichen Eigenmittel der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 1,2 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe belief sich per 31. Dezember 2014 auf EUR 8,7 Mrd.

Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 6,2 %, die Kernkapitalquote ebenfalls 6,2 %. Die Eigenmittelquote beläuft sich auf 14,2 %.

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern des ÖVAG Konzerns beträgt zum 31. Dezember 2014 –20,5 % (31. Dezember 2013: –5,3 %), der ROE nach Steuern –21,9 % (31. Dezember 2013: –7,4 %). Der ROE vor Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres, der ROE nach Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio des ÖVAG Konzerns liegt in der Berichtsperiode bei 98,9% (31. Dezember 2013: 109,9%).

### Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

#### Human Resources

Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Neuausrichtung des Konzerns und des Sektors insgesamt. Mit den Beschlüssen die ÖVAG in eine Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund (soll künftig Teil der Volksbank Wien-Baden sein) und eine Abwicklungsgesellschaft zu spalten, sind massive Veränderungen im Personalbereich verbunden. Die notwendige Redimensionierung wird geprägt von unserer gelebten sozialen Verantwortung und wird im Rahmen eines mit den Belegschaftsvertretern verhandelten Sozialplans umgesetzt. Die deutliche Verringerung des Personalstandes wurde und wird durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan aber auch durch natürliche Abgänge erreicht. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Möglichkeiten auch Augenmerk auf die interne Mobilität (interner Jobmarkt) gelegt. Der Großteil des Mitarbeiterabbaus wird im Jahr 2015 stattfinden.

Zum Ultimo 2014 beschäftigte der ÖVAG-Konzern 1.317 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente), davon 1.035 im In- und 282 im Ausland (Verkauf der VB Leasing International in Polen, Rumänien und Tschechien). Das sind um 536 Mitarbeiter weniger als zum Jahresende 2013.

Der Rückgang entspricht dem mit den Eigentümern vereinbarten Restrukturierungsprozess.

Das Durchschnittsalter lag im Jahr 2014 bei 41,9 Jahren und liegt damit leicht über dem Wert der vergangenen Jahre. Die Akademikerquote von 41,1% zeigt das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. Der Frauenanteil ist mit 55% annähernd gleich geblieben. Die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich vorwiegend wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Elternzeit auf 21,6%.

Gerade in herausfordernden Zeiten sind die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zentrale Anliegen in der Personalentwicklung. Dabei wird auf Talent-Management und Führungskräfteentwicklung ebenso Augenmerk gelegt wie auf alle wesentlichen Fachthemen. Situationsbedingt lag bei den Führungskräften die Unterstützung im Bereich Trennungsgespräche und Restrukturierung. Neben der Volksbanken Akademie wurden 2014 externe Trainings, spezifische Inhouse-Trainings und vor allem

wieder Schulungen der internen Trainingsinitiative „WIN“ (Wissen intern nutzen) angeboten. Im Schnitt besuchte jeder Inlandsmitarbeiter 2,03 Seminartage, bei den Führungskräften lag die Quote bei 3,73 Tagen.

### Umweltmanagementdaten

Die Berichterstattung der Umweltmanagementdaten konzentriert sich seit 2012 lediglich auf das Headquarter in der Kolingasse 14-16, 1090 Wien, und einen weiteren Standort in der Peregringasse 2-4, 1090 Wien.

#### Wärme

100% der beheizten Bürofläche sind mit Fernwärme erschlossen. Die starke Reduktion beim gesamten Wärmebedarf von 2011 auf 2012 erklärt sich durch die Konzentration der Büroflächen auf lediglich zwei Standorte. Der Rückgang des Verbrauchs im Berichtsjahr 2014 resultiert einerseits aus einer Neueinregelung der Steuerungstechnik und andererseits aus den milden Witterungsverhältnissen in den Wintermonaten.

#### Energieverbrauch

	Einheit	2011	2012	2013	2014
Fernwärmeverbrauch	kWh	3.719.780	2.302.070	2.389.480	1.884.940

#### Geschäftsreisen

Die zurückgelegten Flugkilometer sind seit den Berichtsjahren 2012 und 2013 (je rd. 1.100.000 km) wiederum stark zurückgegangen. 2014 waren es rd. 925.000 km.

#### Strom

Der Stromverbrauch sank von rd. 3,800.000 kWh (Berichtsjahr 2013) auf rd. 3.550.000 kWh (Berichtsjahr 2014). Die Photovoltaikanlage am Dach der Konzernzentrale lieferte 2014 25.766 kWh grünen Strom.

#### Abfall und Reinigung

Aufgrund der Vollbelegung der beiden Standorte sind die Abfallzahlen unverändert zu 2013 geblieben.

#### Papier

Alle Druckerpools in der Konzernzentrale haben als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben. Für die Stockwerksdrucker wurde weiterhin 100% Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Der Papierverbrauch konnte seit 2012 (54,5 t) um rd. 25% auf 40,5 t im Berichtsjahr 2014 gesenkt werden.

### Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich „Organisation/IT“ lag 2014 auf grundlegenden Projekten für die zukünftige Ausrichtung des gesamten Volksbanken-Verbundes.

Das Projekt „Mustermandant“ hat als Ziel die Standardisierung von Prozessen und IT im Volksbankensektor, um einerseits Fusionen zu erleichtern und andererseits um Synergien zu heben und Kosten zu sparen. Die ersten zwei Projektphasen wurden abgeschlossen. Es wurden Einstellungen im Kernbanksystem vereinheitlicht, ein einheitliches Produktangebot wurde eingeführt und neue Betreuungsstrukturen wurden in der ÖVAG geschaffen. Seitdem wurden 16 Volksbanken bereits auf Mustermandant migriert, weitere 14 Volksbanken befinden sich derzeit im Migrationsprozess.

Mit Vertretern von vier Volksbanken (Wien-Baden, Salzburg, Tirol Innsbruck-Schwaz, Vorarlberg) wurden im Hinblick auf die künftige geplante Anzahl von acht regionalen Volksbanken Überlegungen angestellt, welche Funktionen acht Mal und welche nur mehr ein Mal im Volksbanken-Verbund durchgeführt werden sollen. Das klare Ziel dieser vorbereitenden Arbeiten war und ist, dass der Verbund so effizient wie möglich und gleichzeitig für die

Kunden so regional wie gewohnt aufgestellt ist (inkl. Erhalt der Entscheidungsgeschwindigkeit für die Kunden). Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren u.a. im Rahmen der geplanten Fusionen stattfinden.

Das Projekt „ZiFiRA“ (Zielbild Finanz- und Risikoarchitektur) erarbeitete im Zeitraum von April bis Oktober 2014 ein detailliertes Design und einen zugehörigen Migrationspfad für ein anzustrebendes Zielbild in den Ebenen Facharchitektur, IT-Architektur und Governance-Prozesse für Finanz- und Risikomanagement-Anwendungen. Die Vorgehensweise im Projekt gliederte sich dabei in eine umfangreiche Ist-Erhebungsphase, die Definition von Handlungsbedarfen, die Festlegung einer Zielarchitektur sowie die Erstellung eines Business Case und eines Umsetzungsplans. Ausgehend von einer Vision und den Leitplanken für die Finanz- und Risikoarchitektur wurden für das Zielbild auf fachlicher Seite detaillierte Soll-Berichte und -Prozesse, auf technischer Seite die IT-Architektur mit dem zentralen Ankerpunkt eines neuen Core-Data-Warehouse, im Teilprojekt Governance die notwendigen Abläufe zum bestmöglichen Betrieb und zur Weiterentwicklung dieser neuen Anforderungen und abschließend ein detaillierter Plan zur Umsetzung definiert. Die Wirtschaftlichkeit des Umsetzungsprojektes wurde mittels detailliertem Business Case nachgewiesen. Die umfangreichen Ergebnisse dieses Evaluierungsprojektes wurden mit dem Verbundrechnungszentrum ARZ gemeinsam erarbeitet, eine gemeinsame Umsetzung ist ab dem 2. Halbjahr 2015 geplant.

Das Projekt „Digitalisierung“ – mit 14 priorisierten Handlungsfeldern – wurde im ersten Halbjahr 2014 gestartet. Ziel ist, die Webauftritte der Primärbanken sowie das Verbund-Portal volksbank.at zu modernisieren und im Responsive-Webdesign umzusetzen. Im Vordergrund des Projektes stehen die Harmonisierung der Kundensysteme (Internet-Banking und Mobile-Banking) sowie die Standardisierung der Online-Vertriebsprozesse im Volksbanken-Verbund. Erste wichtige Handlungsfelder wurden bereits 2014 umgesetzt, der Relaunch der Webauftritte ist für 2015 geplant, die Umsetzung aller restlichen Handlungsfelder und damit der Abschluss des Projekts ist für 2016 geplant.

Neben den verbundspezifischen Projekten zählt das Projekt „Umsetzung GMP“ zu den Zukunftsprojekten im Meldewesen. Es befasst sich mit der Implementierung der „Gemeinsamen Meldewesen-Plattform“ (GMP), auf Basis des durch die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) zur Verfügung gestellten IT-Systems „ABACUS“. Die GMP wird die Arbeitsweisen und Prozesse im Meldewesen aller größeren Bankengruppen Österreichs maßgeblich ändern und im Wertpapierbereich mit 1. Juli 2015 produktiv gehen. Im Volksbankensektor wurde im September 2014 mit ARZ und AuRep ein umfangreiches Projektsetup etabliert. Durch die gute Zusammenarbeit dieser Umsetzungspartner konnten Synergien gehoben werden, die einen Projektfortschritt trotz angespannter Ressourcensituation zulassen. Neben der Umsetzung dieser technischen und fachlichen Erfordernisse ist ein weiterer Schwerpunkt des Projekts die organisatorische Änderung des sogenannten Zusammenarbeitsmodells im Volksbankensektor für das Meldewesen in Form einer neuen Dienstleistungsvereinbarung auf Basis der GMP.

## **Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag**

### **Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses**

Im Jänner und Februar 2015 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitigen Rückführungen von Krediten im Ausmaß von rd EUR 115 Mio. durchgeführt werden.

Im Zeitraum der Bilanzerstellung wurden im Bereich Immobilien weitere Verkaufstransaktionen umgesetzt. Die Verkaufsprozesse für die Beteiligungen an der VB Leasing International Gruppe, der VB Factoring Bank AG, der Volksbank Invest KapitalanlagegmbH, der Immo Kapitalanlage AG sowie der VB Leasing Finanzierung Gruppe wurden begonnen. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten wurden für diese Beteiligungen keine IFRS 5 Umgliederungen vorgenommen.

#### Aufhebung Mindestkurs der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

Am 15. Jänner 2015 hat die SNB überraschend den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro aufgegeben. Zusätzlich hat die SNB den Zinssatz für Guthaben auf ihren Girokonten um 0,5 Prozentpunkte auf –0,75 % gesenkt. Auf den Devisenmärkten erfuhr der Schweizer Franken noch am gleichen Tag eine massive Aufwertung (EUR/CHF Wechselkurs erreichte einen Tiefststand von 0,8500), bevor er sich auf einem Niveau knapp um die Parität einpendelte.

Der ÖVAG Konzern hatte zu diesem Zeitpunkt nur unwesentliche Handelspositionen und somit keine nennenswerten Ergebnisauswirkungen im Handelsergebnis. Aufgrund der zwischenzeitlichen Erholung des Kurses hatte die Aufhebung des Mindestkurses keine wesentliche Auswirkung auf die RWAs und die Liquidität des Konzerns.

#### Schuldenmoratorium Heta Asset Resolution AG (HETA)

Die ÖVAG hielt zum Zeitpunkt des Erlasses des Schuldenmoratoriums der FMA vom 1. März 2015 eine Senior Unsecured Anleihe der HETA mit einem Nominale von EUR 20 Mio und einer Laufzeit bis 9. April 2043. Die bestehende Wertberichtigung wurde im Jahr 2014 erhöht. Im März 2015 wurde die Anleihe ohne Verlust veräußert.

Weiters hält die ÖVAG EUR 60 Mio. Anleihen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken AöR, Wien (Pfandbriefstelle). Gemäß § 2 Pfandbriefstelle-Gesetz haften die Mitgliedsinstitute (mit Ausnahme der HETA) und die Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Aufgrund der bestehenden Haftungsstruktur wurde zum 31. Dezember 2014 keine Risikovorsorge für diese Anleihen gebildet.

#### Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Anfang Februar 2015 hat Fitch ein Downgrade der ÖVAG von BBB– auf B vorgenommen. Dieser Schritt war durch den Beschluss zur Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft, und der damit entzogenen staatlichen Unterstützung im Rating, zu erwarten. Der Volksbanken Verbund wird von Fitch weiterhin als systemrelevant betrachtet und getrennt von der ÖVAG behandelt, wodurch dieser die staatliche Unterstützung im Rating bis auf weiteres behält.

Die Ratingherabstufung von Fitch hatte wie auch die Herabstufungen von Moody's Anfang August und Ende März 2014 keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des ÖVAG Konzerns.

## 2. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

### Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

#### Wirtschaftliches Umfeld

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat seine Prognose für das reale Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsprodukts im Dezember 2014 auf 0,5 % nach unten revidiert (September: 1,2 %). Während sich auch in den Hochfrequenzindikatoren zum Jahresanfang 2015 zu wenig Belebung abzeichnete, sollte diese im Jahresverlauf über den Exportkanal allmählich auf die österreichische Wirtschaft überspringen. Der internationale Handel sollte von der robusten US-Konjunktur und den günstigen Preisen für Energierohstoffe profitieren. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (und auch zum Schweizer Franken) trägt zu einer erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Eurozone bei, und die niedrigen Zinsen sollten auch die Investitionstätigkeit unterstützen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und eine verhaltene Reallohnentwicklung dürften in Österreich den Wachstumsbeitrag des privaten Konsums weiterhin beschränken und auch auf der Sparquote lasten. Aufgrund der weiteren Budgetkonsoli-

dierung sollten auch vom staatlichen Konsum nur wenige Wachstumsimpulse kommen. Die expansive Geldpolitik wurde im Jänner 2015 mit dem Beschluss der EZB, ab März auch Staatsanleihen in ihre Wertpapierkäufe aufzunehmen und diese auf 60 Mrd. EUR monatlich auszudehnen, intensiviert. Trotz eines in den USA entstehenden Aufwärtstrends der Renditen – dort ist bereits 2015 eine Anhebung des Leitzinses möglich – sollten die europäischen Staatsanleihen vergleichsweise niedrig bleiben, was sowohl die staatliche Haushaltskonsolidierung als auch die Investitionen vereinfacht.

In Rumänien erwartet die EU-Kommission in ihrer Winterprognose eine leichte Abschwächung des realen BIP-Wachstums, das mit 2,7 % aber noch immer im europäischen Spitzenfeld angesiedelt sein soll. Die Inflation sollte sehr niedrig bleiben und die Arbeitslosenquote leicht zurück gehen.

Die Hauptrisikofaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und Rumänien liegen in einer möglichen Eskalation des Konfliktes in der Ukraine und deren Folgen für die internationale wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sowie den Unsicherheiten, die mit den Verhandlungen über die künftige Finanzpolitik Griechenlands verbunden sind.

### Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und –methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 52).

### Allgemein

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbundes (Volksbanken-Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme des ÖVAG Konzerns von EUR 41,1 Mrd. per 31. Dezember 2011 auf EUR 15,1 Mrd. per 31. Dezember 2014 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95 % für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasingout unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG im Jahresabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass er aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbundes sieht.

### **Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan**

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsaufgaben über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessments (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt.

Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG:

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken Verbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-Core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

### JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitalücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten u.a. aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

### Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

## 3. Bericht über Forschung und Entwicklung

Der ÖVAG Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.



## 4. Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

### Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des ÖVAG Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der „Konzernrichtlinie IKS“ einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im ÖVAG Konzern bei der Gruppe „Prozessorientiertes Qualitätsmanagement“ in der Österreichische Volksbanken-AG.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware „Tagetik“ weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

### Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

### Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen und geben die erworbenen Informationen auch an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

### Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

Wien, am 27. März 2015



Mag. Dr. Stephan Koren  
Generaldirektor

Unternehmensplanung & Finanzen, Legal & Compliance,  
Personal, Marketing & Kommunikation  
Revision, Credit Services



Dkfm. Michael Mendel  
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business



Dr. Rainer Borns  
Vorstandsdirektor  
Verbundstruktur

Vertrieb Volksbanken, Organisation/IT



Mag. Christoph Raninger  
Vorstandsdirektor  
Markt

Financial Markets & Group Treasury  
Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen  
Capital Markets, Product & Sales  
Kommerzgeschäft



# STRATEGISCHE SEGMENTE

- 44 Segment Finanzierung
- 48 Segment Financial Markets /  
Bankbuch
- 51 Non-core Business
  - 51 Segment Non-core Business
  - 52 Segment Non-core Retail
  - 53 Segment Non-core  
Bankbuch/Allgemein

## SEGMENT FINANZIERUNG

Das Segment Finanzierung umfasst das Kommerzgeschäft, die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. und die VB Factoring Bank AG. Darüber hinaus werden auch konsortiale Finanzierungen mit der IMMO-BANK AG im Wohnbau sowie Modellfinanzierungen – wie die Finanzierung von Bauherrnmodellen – mit der Volksbank Wien-Baden AG abgewickelt.

### Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Finanzierung EUR –9 Mio. und liegt damit unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode. Der vor allem durch höhere Umlagen gestiegenen Verwaltungsaufwand ist der Hauptgrund für diese Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte geringfügig gesteigert werden, während die Risikokosten leicht gesunken sind.

### Kommerzgeschäft

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Bereiches Kommerzgeschäft in 2014 – mit den Geschäftsfeldern Konsortialgeschäft (mit den Einheiten Konsortialservice und Active Credit Management) und Strukturierte Finanzierungen (Förderungen, Export- und Projektfinanzierungen) – war in den ersten drei Quartalen die erfolgreiche Profitabilisierung von Kundenengagements, welche gemeinsam mit den regionalen Volksbanken geführt wurden.

In Erfüllung des Grundsatzbeschluss des Vorstandes vom Oktober 2014, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen, wurde im letzten Quartal 2014 eine Strategie zum strukturierte Abbau der ÖVAG Anteile an Konsortialfinanzierungen durch Übernahme dieser Teile durch die an diesen Finanzierungen teilhabenden regionalen Volksbanken ausgearbeitet und mit Jahresende bereits zum Teil umgesetzt.

Die professionelle Servicierung der regionalen Volksbanken und deren Klein- und Mittelstandskunden im Geschäftsfeld strukturierte Finanzierungen mit zum Teil eigenkapital-schonenden Finanzierungsprodukten wie Förderungen und Exportfinanzierungen zählt seit Jahren zu den Stärken des Volksbanken-Verbundes und soll auch weiterhin als Serviceangebot seitens der Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes zur Verfügung gestellt werden.

### Konsortialgeschäft

Durch anhaltend hohe Tilgungen und Übertragungen ausgewählter Kundenengagements per Jahresende ins Kerngeschäft des Volksbanken-Verbundes in Höhe von rd. EUR 288 Mio. (das entspricht einer RWA Reduktion in der ÖVAG um rd. EUR 212 Mio.) ging das Ausleihungsvolumen (inklusive Haftungen) gegenüber dem Vorjahr von EUR 1.162 Mio. zum Ultimo 2013 um EUR 429 Mio. zurück und beträgt zum Jahresende 2014 EUR 732 Mio. . Im Rahmen der geplanten Reduzierung der RWAs in der ÖVAG konnten diese im Konsortialgeschäft durch geeignete Maßnahmen im Zuge der Profitabilisierung und des gezielten Abbaus durch Übertragung von Engagements an die regionalen Volksbanken von EUR 797 Mio. (zum Ultimo 2013) auf EUR 427 Mio. gesenkt werden.

Die durchschnittliche Zinsspanne vor Liquiditätskosten – bezogen auf die Kreditforderungen – ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 1,65% gesunken.

### Strukturierte Finanzierungen

Förderungen und Exportfinanzierungen zählen zu den Kernprodukten des Volksbanken-Verbundgeschäftes. Diese Produkte unterstützen österreichische KMUs in ihrem Wachstum und reduzieren darüber hinaus durch öffentliche Haftungen deutlich die Kreditrisiken und dadurch die mit Eigenkapital zu unterlegenden RWAs. Zusätzlich werden projektbezogene, langfristige, Refinanzierungen durch Förderstellen gewährt und erhöhen durch dieses Produkt Knowhow die Wettbewerbsfähigkeit des Volksbanken-Verbundes.

Spezielles Knowhow und die Erfahrungen für strukturierte Export- und Projektfinanzierungen halfen auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr, wieder Risiken für die Verbundbanken und deren Kunden zu minimieren und komplexe Finanzierungswünsche zu strukturieren.

Neue Finanzierungen kommen ausschließlich von den regionalen Volksbanken unter Inanspruchnahme der Service- und Beratungsleistungen der Produktexperten in der Zentralorganisation. Die Volksbanken, die auch das Kreditrisiko ihrer Kunden bei Förderungen und Exportfinanzierungen tragen, können damit die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Wachstum unterstützen und so ihre wirtschaftspolitische Relevanz in den Regionen unterstreichen.

Die in der ÖVAG als Treuhandbank vis a vis den Förderstellen für den Volksbanken-Verbund, gebuchten Förderungen sollen in 2015 – im Zuge der Neustrukturierung der ÖVAG – an die Volksbank Wien-Baden AG in der Funktion als neue Treuhandbank für ausgewählte Förderungen, übertragen werden.

#### Entwicklung ausgewählter Produktgruppen:

Mit Ende 2014 sank das erp-Kredit Gesamtvolumen von rund EUR 156 Mio. (per 31. Dezember 2013) auf rund EUR 121 Mio. Der Rückgang gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres ist darauf zurückzuführen, dass seitens der Volksbanken hauptsächlich kleine und mittelständische Kunden in der Regel kleinvolumige Kredite beantragen und Großkunden – mangels Eigengeschäft der ÖVAG – nicht mehr die strategische Hauptzielgruppe des Volksbanken-Verbundes darstellen. Die Stückzahl blieb trotz plan- und außerplanmäßiger Rückführungen mit 483 erp-Krediten (davon 379 erp-Kleinkredite) nahezu konstant. Im Jahr 2014 wurden 99 erp-Kredite (davon 72 erp-Kleinkredite) mit einem Volumen von rund EUR 21 Mio. zugezählt bzw. teilzugezählt.

Der Volksbank-Sektor zählte im Jahr 2014 im Bereich der Genehmigungen bei erp Kleinkrediten mit Platz 5 (ohne ÖHT Kredite) und bei erp Großkrediten mit Platz 6 wieder zu den Top-Performern unter den 21 erp Treuhandbanken.

Das OeKB Kurzfristgeschäft mit dem Kontrollbank-Refinanzierungsrahmen für Großunternehmen verzeichnet mit einer Aushaftung von rund EUR 18 Mio. einen geringfügigen Anstieg.

Das Volumen der Finanzierungen für KMU-Kunden des Volksbank-Sektors im Rahmen des Österreichischen Exportfonds liegt Ende 2014 mit rund EUR 37 Mio. bei 121 Stück unter den Erwartungen mit entsprechendem Potential für Wachstum. Grund dafür sind u.a. größere Kreditrückführungen bei Kunden der Volksbanken, wobei Neukreditierungen 2014 im Jahresvergleich 2013 auf konstantem Niveau gehalten werden konnten. Der Volksbanken-Verbund ist unter den top 10 Banken von 40 Treuhandbanken, was seine Rolle im KMU Kundensegment unterstreicht.

### **VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. (VBLF)**

Die VBLF wurde 2001 gegründet und ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Österreichischen Volksbanken-AG. Sie betreut – gemeinsam mit zwei Tochter- und zwei Schwestergesellschaften – die österreichischen Leasingaktivitäten des ÖVAG Konzerns.

Im Vordergrund der Tätigkeit steht ein starker regionaler Bezug über das Vertriebsnetzwerk mit neun Geschäftsstellen in ganz Österreich. Neben dem Eigenvertrieb ist die VBLF vor allem Servicedienstleister für die österreichischen Volksbanken.

Die Betreuung eines großen aber auch diversen Kundenstammes erfordert individuelle und für jede Kundengruppe spezifische Finanzierungslösungen. Unabhängig vom Objekt bietet die VB Leasing daher – neben individuellen Finanzierungslösungen – auch maßgeschneiderte Serviceleistungen an. Die VBLF betreut ihre Kunden in den Geschäftsfeldern

PKW, Transport, Büroautomation und Maschinen. Mit umfassendem Know-how in allen Arten der Leasingfinanzierung positioniert sich die VBLF nachhaltig als starker Partner am österreichischen Leasingmarkt. Durch intensive Zusammenarbeit mit Banken, Finanzdienstleistern sowie Händlern und Produzenten der Investitionsgüterbranche rundet die VBLF ihr ganzheitliches Angebot ab. Bedeutende Partnerschaften bestehen u.a. mit Honda, Toyota, Konica Minolta und ACP.

#### Gutes Ergebnis 2014

Seit Gründung ist die VBLF-Gruppe um eine granulare Struktur des Portfolios bemüht und verfolgt eine risiko- und ertragsgerechte Genehmigungs politik. Dank relativ stabiler Margensituation und einer weiterhin günstigen Risikoentwicklung, konnte 2014 an das sehr gute Ergebnis 2013 angeschlossen werden.

Die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. weist im Jahr 2014 ein Neugeschäftsvolumen von EUR 311 Mio auf. Dies entspricht einer Stückzahl von 17.500 Verträgen.

Zu positiven Entwicklungen kam es vor allem im IT-Bereich. Das Neugeschäftsvolumen bewegte sich im Rahmen der Vorjahre. Der Zinsabstand zum Euribor war über das Jahr gesehen zufriedenstellend. Der Wertberichtigungsbedarf ist in Anbetracht der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation nur sehr gering ausgefallen. Darüber hinaus kam es weiterhin zu Rückflüssen aus zweifelhaften Forderungen aus den Vorjahren.

#### VB Factoring Bank AG

Die VB Factoring Bank AG hat im Jahr 2014 ein Forderungsvolumen im Ausmaß von EUR 1,44 Mrd. (2013 EUR 1,54 Mrd.) angekauft. Das entspricht gegenüber dem Berichtsjahr 2013 einem Rückgang von EUR 88,1 Mio. bzw. einem Minus von 5,7%.

Der Anteil des Umsatzes mit der gesamten Volksbankgruppe am Gesamtumsatz der VB Factoring Bank AG belief sich im Berichtsjahr auf EUR 813 Mio. (2013 EUR 911 Mio.) bzw. 56,1%.

Der Marktanteil der VB Factoring Bank AG am österreichischen Factoringmarkt und beläuft sich aktuell auf 8,8% (2013 10,9%).

#### Ausblick

Für das erste Halbjahr 2015 sind weitere Übertragungen von Konsortialengagements an die Volksbanken mit den jeweiligen Kundenbeziehungen im Detail geplant.

Die Engagements, bei denen keine Übertragung an bestimmte regionale Volksbanken möglich ist, sollen im Zuge der geplanten Abspaltung an die Volksbank Wien-Baden übertragen werden. Zum Jahresultimo 2014 beträgt dieses Volumen rd. EUR 500 Mio. (davon rd. 50% RWAs).

Das Konsortialgeschäft – betreffend das Kommerzgeschäft – soll durch die geplanten Fusionen im Volksbanken-Verbund und der damit einhergehenden Erhöhung der Risikoverkämpfungsfähigkeit der Volksbanken einer neuen strategischen Ausrichtung unterzogen werden.

Das Konsortialgeschäft im Wohnbau mit der IMMO-BANK AG soll in der ÖVAG bis 30. Juni 2015 in einem strukturierten Prozess weitgehend abgebaut werden. Vom Ultimo 2013 bis Ultimo 2014 wurde der Forderungsstand von EUR 496 Mio. auf EUR 416 Mio. reduziert.



Hinsichtlich der Modellfinanzierungen mit der Volksbank Wien-Baden AG wird eine Übernahme durch die Volksbank Wien-Baden AG im Wege der Abspaltung geprüft. Vom Ultimo 2013 bis Ultimo 2014 wurde der Forderungsstand von EUR 339 Mio. auf EUR 299 Mio. reduziert.

Förderungen und Exportfinanzierungen für KMUs stellen auch weiterhin einen Schwerpunkt der Österreichischen Förderlandschaft und der EU dar. Der Volksbanken-Verbund bietet diese Leistungen für seine Zielgruppe KMUs auch weiterhin im laufenden Geschäftsjahr an. Da viele kleine und mittlere Unternehmen mit einer weiteren Verknappung der Kreditversorgung rechnen, sehen wir auch für die folgenden Jahre ein generelles Ansteigen der Nachfrage nach geförderten Krediten und Exportfinanzierungen mit öffentlichen Haf-tungen.

In einem sich erholenden Markt wird die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. ihre konsequente Risikopolitik in Hinblick auf Bonität, Objektsicherheit und Risikostreuung weiterverfolgen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei einer risikoadäquaten Preispolitik. Ende 2014 wurde für 2015 der Verkauf der VBLF durch die ÖVAG beschlossen.

Im November 2014 hat die ÖVAG bekanntgegeben, dass die VB Factoring Bank AG ver-kauf wird. Es ist geplant, dass die VB Factoring Bank AG ab Jahresmitte 2015 einen neuen Eigentümer haben soll.

## SEGMENT FINANCIAL MARKETS/BANKBUCH

Das Segment Financial Marktes ist Kompetenzzentrum für sämtliche Finanzmarktdienstleistungen, zentraler Auftrag ist die Servicierung, Beratung und Unterstützung der Verbundbanken und der institutionellen Kunden der ÖVAG. Wesentliche Bereiche des Segments Financial Markets sind Financial Markets & Group Treasury sowie Capital Markets Products & Sales.

### Segmentergebnis

Im Segment Financial Markets beträgt das Ergebnis vor Steuern EUR 5 Mio. und hat sich damit um EUR 23 Mio. gegenüber dem Vorjahr verbessert; wesentliche Treiber waren der Zinsüberschuss (Erhöhung um EUR 96 Mio. auf EUR 38 Mio.) und das Handelsergebnis (Erhöhung um EUR 20 Mio. auf EUR 26 Mio.). Der Anstieg im Zinsüberschuss ist bedingt durch die im Vorjahr erfolgten Swapauflösungen, die das Zinsergebnis 2013 mit EUR –72 Mio. belastet haben. Der Anstieg im Handelsergebnis im Vergleich zum Vorjahr steht im Zusammenhang mit Restrukturierungen von Sicherungsgeschäften. Gegenläufig wirkte die Entwicklung bei den Verwaltungskosten (Anstieg um EUR 9 Mio. auf EUR 67 Mio.) und bei dem Ergebnis aus Finanzinvestitionen (Verminderung um EUR 33 Mio. auf EUR –34 Mio.). In den erhöhten Verwaltungskosten spiegeln sich die höheren Umlagen wieder. Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen ist insbesondere aufgrund von Bewertungen von Derivaten und Wertpapieren im Bankbuch im Vergleich zum Vorjahr deutlich negativ.

### Financial Markets & Group Treasury

#### Financial Markets Execution

Die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB und die damit verbundene flache Zinskurve erforderten eine effiziente Aussteuerung der kurzfristigen Liquidität mit den zur Verfügung stehenden Geldmarktinstrumenten. Das Ziel, mit dem Abbau einhergehend derivate Hedgedeschäfte bzw. Portfolien zu reduzieren oder aufzulösen, wurde erreicht. Strategisch wichtige Maßnahmen, wie der Verkauf von Gesellschaften der Volksbank Leasing International oder der Volksbank Romania, werden dadurch unterstützt. Ein Schwerpunkt lag auch auf der Umsetzung des zentralen Melderegisters im Rahmen von EMIR und der systemmäßigen Implementierung des Central Counterparty Clearing. Darüber hinaus ermöglichte die Implementierung des zweiten Moduls des Front-Office Systems MUREX, Arbeitsabläufe im Bereich Geld- und Devisenhandelsgeschäfte neu und effizienter zu gestalten.

Das Jahr 2014 stand auch im Zeichen der Betreuung des Sekundärmarktes für ÖVAG- und Verbund-Emissionen. Mit dem Ziel, die Kunden bestmöglich zu servicieren, wurden Prozessabläufe innerhalb des Volksbanken-Verbundes evaluiert und verbessert. Im Kundenwertpapiergeschäft lagen Transaktionszahlen und -volumen um rund 16% bzw. 27% über dem Vorjahresniveau, was auf höhere Kundenumsätze und die im vierten Quartal abgeschlossene Vollservicierung aller Verbundbanken im Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist. Nennenswerte Umsatzbringer waren im Jahr 2014 Anleihen, Aktien und Fonds. Auf der Produktseite waren Fix-, Stufenzins- sowie MinMax-Anleihen verschiedenster Emittenten gefragt. Bei Fonds standen neben Immobilien- und Rentenfonds nach wie vor auch dividendenstarke Aktienfonds bzw. gemischte und vermögensverwaltende Fonds im Fokus.

#### ALM Liquiditätsmanagement

Neben der Überarbeitung der Regelwerke und Prozesse für den Verbund wurde 2014 auch ein verbundinternes Modell zur Steuerung der Liquidity Coverage Ratio etabliert. Die durchgeführten Abbaumaßnahmen auf der Aktivseite und der daraus resultierende Liquiditätsüberhang ermöglichten eine kontrollierte Reduktion des Bestandes an ÖVAG Emissionen. Der von der ÖVAG gehaltene Liquiditätspuffer entsprach durchgehend den Planwerten und betrug unter Berücksichtigung des Cash-Bestands per 31.12.2014 rund EUR 4,5 Mrd.

Die schrittweisen Herabstufungen des ÖVAG Senior Unsecured Ratings von Baa3 auf B2 durch Moody's und die Herabstufung von A auf B durch Fitch hatten keine nennenswerten Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der ÖVAG bzw. des Verbunds.

#### ALM Bankbuch

Im Hinblick auf die LCR (Liquidity Coverage Ratio) wurden im Bankbuch zur Erfüllung der ab 2015 geltenden Regelungen Neuinvestments getätigt, Anleihen sehr guter Kreditqualität in den Segmenten Pfandbriefe, supranationale Emittenten und staatsgarantierte Unternehmen wurden am Primärmarkt erworben.

Im Bereich der Steuerung des Volksbanken-Verbunds lag ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Governance in den Bereichen Liquidität, Zinsbuchsteuerung und Bankbuchveranlagungen. Dies wurde unter anderem durch die Etablierung eines Verbund-Asset/Liability Komitees und eines Verbund-Investmentkomitees erreicht. Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung wurde 2014 eine Optimierung der Bilanzstruktur vorgenommen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung von Aktiv-Passiv Strategien, die unter anderem auf einen positiven Strukturbeitrag im Zinsbuch abzielen.

#### Banks & Credit Markets

Der Abbau von unbesicherten Bank- und Unternehmensrisiken unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte Risiko/Ertrag sowie Eigenmittelschonung wurde 2014 konsequent fortgesetzt, der Großteil der Verkäufe erfolgte dabei im ersten Halbjahr in einem insgesamt positiven Marktumfeld.

## Capital Markets Products & Sales

#### Assets under Management

Die Assets under Management der unter der Marke Volksbank Investments zusammengefassten Produkte (Fonds, Zertifikate, Vermögensmanagement und Foreign Assets) sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und beliefen sich per Ende 2014 auf knapp über EUR 6 Mrd. Während es im Bereich Zertifikate zu einem Volumenrückgang kam, entwickelten sich Fonds und das Vermögensmanagement positiv.

#### Fonds

Der österreichische Fondsmarkt verzeichnete 2014 gesamthaft einen Volumenanstieg und notierte per Jahresende bei EUR 158 Mrd. Das Volumen der Capital Markets Products & Sales Fonds konnte gegenüber 2013 ebenfalls gesteigert werden und lag per 31.12.2014 bei rund EUR 2,7 Mrd. Im Vertriebsfokus lagen gemischte Produkte wie der VB SMILE bzw. Fonds der Produktserie SMART Laufzeiten-Fonds. Mitte des Jahres wurde dann rund um das Jubiläum „50 Jahre Fonds und Zertifikate“ (25 Jahre Fonds der VB Invest KAG, 15 Jahre Zertifikate und 10 Jahre <immofonds>) der Vertriebschwerpunkt auf Volksbank Fonds-Sparen gelegt.

Der offene Immobilien-Investmentfonds <immofonds1> verzeichnete im Jahr 2014 einen deutlichen Nettovolumenzuwachs von rund EUR 220 Mio. Mit einem Gesamtvolumen von knapp EUR 510 Mio. per 31.12.2014 und einem Marktanteil von 10,8% ist der <immofonds1> mittlerweile der drittgrößte Immobilienfonds Österreichs.

#### Zertifikate

Das gesamte Marktvolumen des österreichischen Zertifikate-Marktes hat sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um EUR 700 Mio. verringert und lag per Ende 2014 bei rund EUR 4,5 Mrd.

Auch das Volumen von Zertifikaten der ÖVAG hat sich im Jahr 2014 deutlich verringert. Trotz eines Absatzes von EUR 121 Mio. ist der Zertifikatebestand in Folge von Tilgungen von über EUR 340 Mio. und Rücknahmen am Sekundärmarkt auf EUR 554 Mio. per Jahresende

gesunken. Der Fokus lag 2014 verstärkt auf Emissionen mit Fremdemittenten, gegenüber dem Vorjahr konnte das Fremdemissionsvolumen auf knapp EUR 96 Mio. verdoppelt werden.

#### Anleihen und Vermögensmanagement

Insgesamt konnte auf der Anleihenseite im vergangenen Geschäftsjahr ein Volumen von rund EUR 101 Mio. abgesetzt werden. 2014 erfolgte die erste Platzierung einer Fremdemittenten-Anleihe in Zusammenarbeit mit Morgan Stanley und gegen Jahresende wurde eine weitere Immobank Stufenzinsanleihe emittiert.

Das Volumen der Vermögensmanagement Mandate ist 2014 um 7,8% gestiegen und lag per Ende 2014 bei über EUR 2 Mrd. Auf Basis der langjährigen Expertise in der institutionellen Vermögensverwaltung wurde gemeinsam mit den regionalen Volksbanken die Akquisition neuer Kunden weiter forciert.

#### Ausblick

Neben der Liquiditätssteuerung und dem weiterhin produktiven Management von Marktrisiken stellt die geplante Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaueinheit und die gleichzeitige Übertragung der Zentralorganisationsfunktionen auf die Volksbank Wien-Baden im Geschäftsjahr 2015 für den Bereich Financial Markets & Group Treasury eine der wesentlichsten Aufgaben dar.

Capital Markets Products & Sales wird aufgrund des anhaltenden Niedrigzins-Umfelds und der Sicherheitsorientierung der Anleger auch 2015 einen Schwerpunkt auf die Emission von Laufzeitenfonds legen. Die Emittentenplattform, ein Pool von Fremdemittenten, wurde gut vom Markt aufgenommen und wird weiterhin im Sinne des Diversifizierungsangebots eine wesentliche Rolle spielen. Es werden auch die Themen Vorsorge und Fondssparen im Vordergrund stehen – die nicht zuletzt in Folge des neuen Pensionskontos von Interesse sind. Darüber hinaus wird mit der Markteinführung des VB Global-Mix das Angebot im Bereich der gemischten Fonds erweitert. Parallel dazu wird im laufenden Geschäftsjahr der Verkauf der Immo KAG, der VB Invest KAG und des Zertifikategeschäfts des Bereichs Capital Markets Products & Sales sowie der Pensions- und der Vorsorgekasse vorbereitet.

## NON-CORE BUSINESS

Hauptaufgabe des Non-Core Business ist der fokussierte und aktive Abbau der verantworteten Kreditportfolien mit dem Ziel, sowohl die RWA – als auch die Liquiditätssituation der Bank zu verbessern. Der Abbau erfolgt gemäß eines von den nationalen und internationalen Aufsichtsorganen bestätigten Plans.

Das Non-core Business wird in drei Segmente aufgeteilt:

- Segment Non-core Business
- Segment Non-core Retail
- Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

### Segment Non-core Business

Das Segment umfasst einerseits im Bereich der Immobilien die Finanzierung von gewerblichen Immobilienprojekten, zugehörige Work-out Aktivitäten, das Asset Management der Eigenobjekte und die Immobilienleasingfinanzierung der VB Real Estate Services GmbH und andererseits im Bereich der Unternehmen die Finanzierung an Corporate Customers, Internationale Projektfinanzierungen, Erneuerbare Energie und ein Portfolio im Bereich Private Equity – Funds Investments. Die Konzentration in den Portfolien liegt primär in Österreich, CEE und SEE.

Gemäß der Strategie und Zielsetzung, das Segment Non-core Immobilien und Unternehmen strukturiert und werterhaltend abzubauen, wurden weitere aktive Maßnahmen gesetzt. So konnten im Geschäftsjahr 2014 mit über 90 Transaktionen Volumina in Höhe von rund EUR 1,2 Mrd. abgebaut werden. Die Bilanzsumme des Segments hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund EUR 1,4 Mrd. reduziert und damit praktisch halbiert.

### Segmentergebnis

Im Segment Non-core Business beträgt das Ergebnis vor Steuern EUR –57 Mio., was einem Rückgang von EUR 46 Mio. entspricht. Der Rückgang im Vergleich zur Vergleichsperiode im Vorjahr ist vor allem auf den Rückgang im Zinsüberschuss (EUR –32 Mio.) zurückzuführen, indem sich der bereits vorgenommene Abbau des Non-core Portfolios widerspiegelt. Die gestiegenen Risikokosten kommen vor allem durch gegenüber dem Vorjahr geringere Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen zustande. Im Vorjahr ist im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches die beim Verkauf der Selini GmbH vereinbarte Kaufpreisanpassung erfasst.

### Immobilienkreditfinanzierung und Work-out

Im Jahr 2014 wurden durch aktive Abbaumaßnahmen Kredite im Ausmaß von rund EUR 785 Mio. vorzeitig rückgeführt. Daraus ergibt sich in Summe eine RWA Reduktion in Höhe von rund EUR 670 Mio. Acht Kreditengagements wurden dabei erfolgreich von der Work-out-Einheit abgebaut. Unter den 26 Abbauprojekten finden sich der Verkauf eines größeren Kreditportfolios mit geographischem Schwerpunkt Österreich, Rumänien und Polen mit insgesamt Volumina in Höhe von rund EUR 408 Mio., ein bulgarischer Kreditfall mit rund EUR 55 Mio. sowie im 2. Halbjahr ein italienischer Kreditfall mit ebenso rund EUR 55 Mio. Im Vergleich zum 31. Dezember 2013 konnte das Portfolio an Kundenkreditforderungen um mehr als ein Drittel reduziert werden.

### Immobilienleasing und Asset Management

Ergänzend zur natürlichen Abreifung konnte das Immobilienleasingportfolio mit 25 Transaktionen um rund EUR 146 Mio. abgebaut werden, das entspricht einer RWA Entlastung in Höhe von rund EUR 85 Mio. Darunter befinden sich der Verkauf von vier Möbelhäuser in Tschechien mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 61 Mio. und auch die Übertragung einer polnischen Veranstaltungshalle an den derzeitigen Betreiber mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 12 Mio. Aus dem Immobilieneigenbestand konnten 11 Objekte veräußert werden, darunter drei polnische Projekte aus dem Work-out-Bereich und die

restlichen Transaktionen mit Schwerpunkt Österreich, Tschechien, Ungarn und Slowakei. Darüber hinaus wurden zwei Minderheitsbeteiligungen an einer tschechischen bzw. rumänischen Immobiliengesellschaft im Jahr 2014 veräußert.

### **Corporate Customers und Private Equity – Funds Investments**

Im Geschäftsfeld Corporate Customers konnten mit 25 Transaktionen vorzeitige Rückführungen in Höhe von rund EUR 98 Mio. verzeichnet werden. Dabei findet sich auch im zweiten Halbjahr der Verkauf von spanischen Solarkraftfinanzierungen mit Volumen in Höhe von rund EUR 35 Mio., das Closing eines Restportfolios fand im Jänner 2015 statt.

Im Bereich Private Equity wurden auch im Jahr 2014 weitere Maßnahmen zur Volumensreduktion und Freisetzung von Kapital getätigt. Die letzten beiden Teiltransaktionen eines im Jahr 2013 eingeleiteten strukturierten Verkaufsprozesses konnten im 2. bzw. 3. Quartal 2014 abgeschlossen werden. Die RWA-Freisetzung beläuft sich in Summe auf rund EUR 65 Mio.

### **Segment Non-core Retail**

Das Segment Non-core Retail fasst die Mobilien-Leasing Geschäfte in CEE der VB-Leasing International Gruppe sowie die Geschäfte der Volksbank Romania S.A. zusammen.

#### **Segmentergebnis**

Das Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR –249 Mio. resultiert vor allem durch die nach IFRS 5 zu bewertende und separat auszuweisende at equity Beteiligung an der VB Romania S.A. Aufgrund des am 10. Dezember 2014 unterschriebenen Kaufvertrages über den Verkauf der gesamten Anteile wurde das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches umgegliedert, die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Neben der Übernahme des negativen Ergebnisses aus dem Geschäftsjahr 2014 (EUR –218 Mio.) und der noch nicht verrechneten Vorjahresverluste (EUR –34 Mio.) musste der Buchwert aufgrund des erwarteten Kaufpreises um EUR –22 Mio. abgewertet werden. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist die Bewertung von Veräußerungsgruppen nach IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe in Höhe von EUR –24 Mio. enthalten.

#### **VB-Leasing International Holding GmbH (VBLI)**

Die VB-Leasing International erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 ein EGT von EUR 2,7 Mio. sowie ein Neugeschäftsvolumen zu Gesamtinvestitionskosten von EUR 399,5 Mio. Es wurden insgesamt 16.815 Stück neue Verträge abgeschlossen. Der Vertragsbestand beläuft sich auf 52.350 Stück.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde seitens der Eigentümer – der Österreichische Volksbanken-AG sowie der deutschen VR-LEASING AG – der strategische Verkaufsprozess der VBLI Gruppe erfolgreich weitergeführt. Im September 2014 wurden die Landesgesellschaften in Polen und Rumänien an die polnische Getin Holding S.A. veräußert. Ende Oktober fand der Verkauf der tschechischen Gesellschaft an die GE Money Bank A.S. mit Sitz in Prag statt.

Die VB Leasing Gruppe verfügt noch über Gesellschaften in Slowenien, Kroatien, Serbien, der Slowakei und Bosnien-Herzegowina, für die der Verkaufsprozess weiterläuft.

## **Volksbank Romania S.A.**

Im Jahr 2014 lag der Fokus der Volksbank Romania weiterhin auf der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses.

Ende Juli erfolgte der Verkauf eines NPL-Portfolios (Non Performing Loans) mit einem Volumen von EUR 498 Mio. Durch diese Transaktion konnte die Volksbank Romania ihre NPL-Quote auf 9,3% reduzieren und liegt damit deutlich unter der Durchschnittsquote rumänischer Banken.

Das deutliche Wachstum der Kundeneinlagen führte zu einer Abnahme der Loan to Deposit Ratio auf 184% zum Ultimo 2014 (Ultimo 2013: 256%). Mit einer Eigenkapitalquote von 18,87% nach Basel III befindet sich die Kapitalisierung der Bank auf einem komfortablen Niveau.

Am 10. Dezember 2014 erfolgte das Signing zum Verkauf der Volksbank Romania an die rumänische Banca Transilvania. Am 17. März 2015 haben die Rumänische Nationalbank und die Wettbewerbsbehörde die Transaktion genehmigt. Das Closing erfolgte am 7. April. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 musste der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

## **Segment Non-core Bankbuch/Allgemein**

Das Segment beinhaltet alle Teile des Bankbuchs, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen. Die VB Malta Ltd wurde ebenfalls dem Segment Non-core Bankbuch/Allgemein zugeordnet sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich.

### **Segmentergebnis**

Das Ergebnis vor Steuern beträgt in diesem Segment EUR –91 Mio., was einem Rückgang von EUR 138 Mio. entspricht. Belastet wird das Ergebnis vor allem durch die Anpassung der Bewertung der von der Republik Österreich abgegebenen Asset-Garantie in Höhe von EUR –56 Mio. im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Im Vorjahr wurde dafür ein Ertrag in Höhe von EUR 69 Mio. erfasst. Weiters schlägt sich dort die Bewertung der Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt gemäß IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der VB Malta mit EUR –19 Mio. zu Buche. Der Rückgang im Zinsüberschuss ist auf im Vorjahr enthaltenen positiven Breakage-Effekte aus dem ABS Portfolio zurückzuführen. Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen sind im Geschäftsjahr 2014 die Verkaufserträge aus dem Abbau des held to maturity Portfolios enthalten.

# KONZERNABSCHLUSS



<b>56</b>	Gesamtergebnisrechnung
<b>57</b>	Bilanz zum 31. Dezember 2014
<b>58</b>	Entwicklung des Eigenkapitals
<b>59</b>	Geldflussrechnung
<b>60</b>	Inhaltsverzeichnis Notes
<b>62</b>	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
<b>173</b>	Bilanzzeit
<b>174</b>	Bestätigungsvermerk